

Brüssel, den 23. September 2026  
(OR. en)

13533/26

COASI 181  
ASIE 41  
CFSP/PESC 1498  
PE 108  
ECOFIN 1212  
WTO 105  
COHOM 120

### ÜBERMITTLUNGSVERMERK

|                |                                                                                                                            |
|----------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Absender:      | Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission                              |
| Empfänger:     | Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union                                                  |
| Nr. Komm.dok.: | JOIN(2026) 22 final                                                                                                        |
| Betr.:         | GEMEINSAMER BERICHT AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT<br>UND DEN RAT<br>Sonderverwaltungsregion Hongkong:<br>Jahresbericht 2025 |

Die Delegationen erhalten als Anlage das Dokument JOIN(2026) 22 final.

Anl.: JOIN(2026) 22 final



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

HOHER VERTRETER  
DER UNION FÜR  
AUßEN- UND  
SICHERHEITSPOLITIK

Brüssel, den 22.9.2026  
JOIN(2026) 22 final

**GEMEINSAMER BERICHT AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN  
RAT**

**Sonderverwaltungsregion Hongkong:**

**Jahresbericht 2025**

# **GEMEINSAMER BERICHT AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT**

## **SONDERVERWALTUNGSREGION HONGKONG**

### **JAHRESBERICHT 2025**

#### **Zusammenfassung**

Seit der Übergabe Hongkongs an die Volksrepublik China im Jahr 1997 haben die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong aufmerksam verfolgt.

Im Einklang mit der 1997 gegenüber dem Europäischen Parlament eingegangenen Verpflichtung legen die Kommission und der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik/Vizepräsident / die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik/Vizepräsidentin jährlich einen Bericht über die Entwicklungen in Hongkong vor. Über die Jahre hinweg standen darin vor allem die Umsetzung des Grundsatzes „Ein Land – zwei Systeme“ und die im Grundgesetz von Hongkong selbst vorgesehene Autonomie Hongkongs im Mittelpunkt.

Mit dem Jahresbericht 2025 wird der 28. Bericht vorgelegt. Auch im Jahr 2025 war Hongkong das drittgrößte Finanzzentrum der Welt (und das größte in Asien) und ein wichtiger Handels- und Logistikknotenpunkt. Rund 1 770 EU-Unternehmen waren in Hongkong tätig, womit die EU die größte ausländische Unternehmenspräsenz nichtchinesischer Unternehmen in der Sonderverwaltungsregion darstellt. Etwa die Hälfte dieser Unternehmen war von Hongkong aus in der Region tätig. Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten leisteten weiterhin einen erheblichen Beitrag zur Wirtschaft und Gesellschaft der Sonderverwaltungsregion, unter anderem in den Bereichen Wissenschaft, Bildung und Kultur. Hongkongs Rechtssystem des Common Law und ein einfaches Niedrigsteuersystem sind Merkmale, die zum Erhalt seiner Attraktivität für internationale Unternehmen beitragen.

Politisch war das Jahr geprägt von i) der Verabschiedung zusätzlicher subsidiärer Rechtsvorschriften zur nationalen Sicherheit, ii) der zweiten Wahl zum Legislativrat, zu der „ausschließlich Patrioten“ zugelassen waren und die mit einer politischen Überprüfung einherging, iii) der Ablehnung eines Gesetzesentwurfs zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften durch den Legislativrat und iv) dem anhaltenden Fokus auf die nationale Sicherheit im fünften Jahr nach der Einführung des Gesetzes über die nationale Sicherheit, einschließlich öffentlichkeitswirksamer Gerichtsverfahren. Hongkongs hohes Maß an Autonomie und die Grundfreiheiten und -rechte der Bevölkerung Hongkongs wurden weiter ausgehöhlt, obwohl China rechtlich verpflichtet ist, diese bis mindestens 2047 aufrechtzuerhalten.

Im Jahr 2025 wurden im Rahmen des Gesetzes über die nationale Sicherheit (National Security Law, NSL) von 2020 und anderer Rechtsvorschriften die Verfahren gegen prodemokratische Aktivisten, Anwälte und Politiker fortgesetzt. Im Dezember verurteilte das Gericht den Medienunternehmer und prodemokratischen Aktivisten Jimmy Lai aufgrund von Anklagepunkten im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit und des Vorwurfs des Aufruhrs. Der Prozess war von erheblichen Verzögerungen geprägt und dauerte zwei Jahre. Lai

ist seit dem 31. Dezember 2020 ununterbrochen inhaftiert, und zwar hauptsächlich in Einzelhaft.

In dem Verfahren gegen die Anführer der Hongkonger Allianz zur Unterstützung patriotischer demokratischer Bewegungen in China, die früher Mahnwachen zum Gedenken an die gewaltsame Niederschlagung prodemokratischer Proteste in China im Jahr 1989 am Tiananmen organisiert hatte, wurde der Prozess zum zweiten Mal verschoben und für den 21. Januar 2026 neu angesetzt. Viele der Angeklagten sind seit September 2021 inhaftiert, zum Teil über lange Zeiträume in Einzelhaft.

Das Berufungsverfahren gegen zwölf prodemokratische Politiker und Aktivisten, die nach dem Gesetz über die nationale Sicherheit wegen der Teilnahme an einer Vorwahl im Jahr 2020 verurteilt worden waren, fand in der Zeit vom 14. Juli bis zum 17. Juli statt. Das Gericht hatte im Hauptverfahren im Mai 2024 von den 47 Angeklagten, die gemeinhin als „Hongkong 47“ bezeichnet werden, 45 verurteilt.

Die Behörden leiteten zudem neue Strafverfolgungsmaßnahmen sowohl nach dem Gesetz über die nationale Sicherheit als auch nach der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit (Safeguarding National Security Ordinance, SNSO) ein. Am 6. Juni wurde der Aktivist Joshua Wong wegen „Verschwörung mit ausländischen Kräften“ neu angeklagt. Wong verbüßt derzeit im Rahmen des Prozesses der „Hongkong 47“ wegen Staatsgefährdung eine Haftstrafe von vier Jahren und acht Monaten. Ursprünglich sollte er im Januar 2027 freigelassen werden. Im Dezember 2025 beriefen sich die Behörden auf die mit der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit eingeführten Straftatbestände „Beeinträchtigung der Untersuchung von Straftaten, die die nationale Sicherheit gefährden“ und „rechtswidrige paramilitärische Übungen“, die auch als Rechtsvorschriften nach Artikel 23 bezeichnet werden und 2024 verabschiedet wurden. Kwok Yin-sang, der Vater der im Exil lebenden Aktivistin Anna Kwok, wurde wegen des Versuchs, über das Vermögen seiner Tochter zu verfügen, strafrechtlich verfolgt – ein weiterer neuer Straftatbestand, der im Rahmen der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit geschaffen wurde. Dies ist der erste Fall, in dem einem Angehörigen eines gesuchten Aktivisten ein Verstoß gegen die nationale Sicherheit zur Last gelegt wird.

Im Rahmen einer extraterritorialen Anwendung des Gesetzes über die nationale Sicherheit erließen die Behörden Hongkongs gegen weitere 15 ausländische Aktivisten wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an der Organisation „Hong Kong Parliament“, darunter einen in Deutschland wohnhaften europäischen Bürger, Haftbefehle, für die Belohnungen ausgesetzt wurden. Insgesamt erließ die Polizei Haftbefehle gegen 34 Personen mit Wohnsitz im Ausland.

2025 kam es zu weiteren Gerichtsurteilen, mit denen die Förderung der Rechte von LGBTIQ+-Personen unterstützt wurde. Der Legislativrat lehnte jedoch einen Gesetzentwurf ab, mit dem ein alternativer Rahmen für gleichgeschlechtliche Partnerschaften geschaffen werden sollte, eine Auflage, die vom letztinstanzlichen Berufungsgericht Hongkongs im September 2023 eingeführt worden war; verwaltungsrechtliche Abhilfemaßnahmen wurden bislang noch nicht bekannt gegeben.

Die EU brachte wiederholt ihre Besorgnis über die Aushöhlung des hohen Maßes an Autonomie Hongkongs und der Grundfreiheiten zum Ausdruck, und zwar sowohl in öffentlichen Erklärungen als auch im privaten Austausch mit Beamten aus Hongkong und der Zentralregierung.

Die Sprecherin der EU veröffentlichte zu folgenden Themen Erklärungen zu Hongkong:

- 30. Juni 2025 – Erklärung der Sprecherin zum fünften Jahrestag des Gesetzes über die nationale Sicherheit<sup>1</sup>
- 31. Juli 2025 – Erklärung der Sprecherin zu extraterritorialen Haftbefehlen<sup>2</sup>
- 15. Dezember 2025 – Erklärung der Sprecherin zum Urteil in der Rechtssache Jimmy Lai<sup>3</sup>

Die Beiträge der EU-Sprecherin auf X (ehemals Twitter) zu Hongkong betrafen die folgenden Themen:

- 22. Februar 2025 – Beitrag der EU-Sprecherin zur weiteren Einengung des Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft<sup>4</sup>
- 4. Juni 2025 – Beitrag der EU-Sprecherin zum 36. Jahrestag der Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz<sup>5</sup>
- 29. November 2025 – Beitrag der EU-Sprecherin zur Brandtragödie in Tai Po<sup>6</sup>

Der Beitrag des EU-Büros auf X (ehemals Twitter) zu Hongkong betraf das folgende Thema im Bereich der Menschenrechte:

- 11. September 2025 – Beitrag zum Engagement der EU für die Rechte von LGBTIQ+-Personen<sup>7</sup>

Die Erklärungen der G7 zu Hongkong betrafen die folgenden Themen:

- 8. August 2025 – Erklärung des Krisenreaktionsmechanismus der G7 zu Haftbefehlen in Hongkong<sup>8</sup>

---

<sup>1</sup> Erklärung der Sprecherin zum fünften Jahrestag des Gesetzes über die nationale Sicherheit, 30. Juni 2025, abrufbar unter:

[https://www.eeas.europa.eu/eeas/hong-kong-statement-spokesperson-fifth-anniversary-national-security-law\\_en?etrans=de](https://www.eeas.europa.eu/eeas/hong-kong-statement-spokesperson-fifth-anniversary-national-security-law_en?etrans=de).

<sup>2</sup> Erklärung der Sprecherin zu extraterritorialen Haftbefehlen, 31. Juli 2025, abrufbar unter: [https://www.eeas.europa.eu/eeas/hong-kong-statement-spokesperson-extraterritorial-arrest-warrants\\_en?etrans=de](https://www.eeas.europa.eu/eeas/hong-kong-statement-spokesperson-extraterritorial-arrest-warrants_en?etrans=de).

<sup>3</sup> Erklärung der Sprecherin zum Urteil in der Rechtssache Jimmy Lai, 15. Dezember 2025, abrufbar unter:

[https://www.eeas.europa.eu/eeas/hong-kong-statement-spokesperson-verdict-jimmy-lai-case-15-december-2025\\_en?etrans=de](https://www.eeas.europa.eu/eeas/hong-kong-statement-spokesperson-verdict-jimmy-lai-case-15-december-2025_en?etrans=de).

<sup>4</sup> Post by the EU Spokesperson on the further narrowing of the space for civil society, 22. Februar 2025, abrufbar unter:

<https://x.com/ExtSpoxEU/status/189300273827272217>.

<sup>5</sup> Post by the EU Spokesperson on the 36th Anniversary of the Tiananmen Square events, 4. Juni 2025, abrufbar unter:

<https://x.com/ExtSpoxEU/status/1930307246191239378>.

<sup>6</sup> Post by the EU Spokesperson on the Tai Po fire tragedy, 29. November 2025, abrufbar unter:

<https://x.com/ExtSpoxEU/status/1994669852435644471?s=20>.

<sup>7</sup> Post to reaffirm the EU's commitment to LGBTIQ+ rights, 11. November 2025, abrufbar unter:

<https://www.facebook.com/share/p/1D3SVRQM7a/>.

<sup>8</sup> G7 Rapid Response Mechanism (RRM) Statement on Hong Kong Arrest Warrants, 8. August 2025, abrufbar unter:

[https://www.canada.ca/en/global-affairs/news/2025/08/g7-rapid-response-mechanism-rrm-statement-on-hong-kong-arrest-warrants.html?fbclid=IwY2xjawOoqMBleHRuA2FlbQlxMABicmlkETF4NkJOdko2N0VMM0I1UFoyc3J0YwZhcHBfaWQQMjIyMDM5MTc4ODIwMDg5MgABHvQGci1v3q9YANbN4Ys05wBMfLgNRzBXCkR2TqrsQvdo5VOmPxMQAZvIvPdJ\\_aem\\_UvVyQSGAGfU8V0bUbZ3KfQ](https://www.canada.ca/en/global-affairs/news/2025/08/g7-rapid-response-mechanism-rrm-statement-on-hong-kong-arrest-warrants.html?fbclid=IwY2xjawOoqMBleHRuA2FlbQlxMABicmlkETF4NkJOdko2N0VMM0I1UFoyc3J0YwZhcHBfaWQQMjIyMDM5MTc4ODIwMDg5MgABHvQGci1v3q9YANbN4Ys05wBMfLgNRzBXCkR2TqrsQvdo5VOmPxMQAZvIvPdJ_aem_UvVyQSGAGfU8V0bUbZ3KfQ).

- 17. Dezember 2025 – Erklärung der Außenminister der G7 zum Urteil in der Rechtssache Jimmy Lai in Hongkong<sup>9</sup>

Die EU brachte in der auf der 80. Tagung des Dritten Ausschusses der UN-Generalversammlung abgegebenen Erklärung ihre Besorgnis über die Entwicklungen in Hongkong deutlich zum Ausdruck: Generaldebatte am 3. Oktober<sup>10</sup>. Auf der 60. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen am 23. September brachte die EU unter Tagesordnungspunkt 4 der Generaldebatte über Menschenrechtssituationen, die die Aufmerksamkeit des Rates erfordern, ihre Besorgnis über die Lage in Hongkong zum Ausdruck<sup>11</sup>. Die EU bekräftigte, dass sie weiterhin „über die Menschenrechtssituation und den schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raum in Hongkong besorgt“ ist. Die EU forderte „die chinesische Regierung und die Regierung Hongkongs nachdrücklich auf, die uneingeschränkte Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Grundfreiheiten und der demokratischen Grundsätze wiederherzustellen“.

Die EU äußerte auch auf der 40. Tagung des Menschenrechtsdialogs zwischen der EU und China, die am 13. Juni in Brüssel stattfand, ihre Besorgnis über den repressiven Einsatz von Rechtsvorschriften zur nationalen Sicherheit, durch den die Menschenrechte und Grundfreiheiten weiterhin untergraben werden. Die EU forderte ferner die sofortige und bedingungslose Freilassung des britischen Staatsbürgers Jimmy Lai und der Menschenrechtsverteidigerin Chow Hang-tung.

Im Jahr 2025 wuchs die Wirtschaft Hongkongs im dritten Jahr in Folge; das BIP stieg im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 %, wobei das Wirtschaftswachstum vor allem durch Finanzdienstleistungen sowie Handel und Logistik getragen wurde. Die Bau-, Immobilien- und Tourismusbranche stand im Laufe des Jahres vor Herausforderungen. Bezogen auf die Zahl der Unternehmen war die EU auch 2025 die größte nicht-chinesische wirtschaftliche Einheit in Hongkong. Hongkong war laut Eurostat (2024, dem letzten Jahr mit zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts verfügbaren Daten) beim Handel mit Dienstleistungen der weltweit zehntgrößte Partner der EU, die neuntgrößte Quelle ausländischer Direktinvestitionen (ADI) in der EU und vierzehnter Bestimmungsort ausländischer Direktinvestitionen der EU. Hongkong spielt als Zentrum für Handel, Logistik sowie Unternehmens- und Finanzdienstleistungen auch für EU-Unternehmen eine Rolle.

## **I. Politische und gesellschaftliche Entwicklungen**

### **Wahlen zum Legislativrat**

Am 7. Dezember fand die zweite allgemeine „nur für Patrioten“ bestimmte Wahl zum Legislativrat 2025 statt, bei der 90 Abgeordnete in den achten Legislativrat gewählt wurden. Alle Kandidaten mussten ein gesetzlich vorgeschriebenes politisches Überprüfungsverfahren durchlaufen. Von den 90 Mitgliedern waren 40 erstmals Mitglieder des Legislativrats und 27 – ein Rekordhoch – auch Mitglieder des Nationalen Volkskongresses (15) oder der Politischen

<sup>9</sup> G7 Foreign Ministers Statement on the Jimmy Lai verdict in Hong Kong, 17. Dezember 2025, abrufbar unter:

<https://g7.canada.ca/en/news-and-media/news/g7-foreign-ministers-statement-on-the-jimmy-lai-verdict-in-hong-kong/>.

<sup>10</sup> Erklärung der EU – Dritter Ausschuss der UN-Generalversammlung: Generaldebatte, 3. Oktober 2025, abrufbar unter:

[https://www.eeas.europa.eu/delegations/un-new-york/eu-statement-%E2%80%93-un-general-assembly-3rd-committee-general-debate\\_en?s=63](https://www.eeas.europa.eu/delegations/un-new-york/eu-statement-%E2%80%93-un-general-assembly-3rd-committee-general-debate_en?s=63).

<sup>11</sup> Erklärung der EU – HRC60 – Punkt 4, General debate on human rights situations that require the Council's attention, 23. September 2025, abrufbar unter: [https://www.eeas.europa.eu/delegations/un-geneva/eu-statement-hrc60-item-4-general-debate-human-rights-situations-require-council%E2%80%93attention\\_en](https://www.eeas.europa.eu/delegations/un-geneva/eu-statement-hrc60-item-4-general-debate-human-rights-situations-require-council%E2%80%93attention_en).

Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (12), was einen Anstieg gegenüber den Wahlen 2021 darstellt. Unabhängig davon handelte es sich bei mindestens der Hälfte der gewählten Abgeordneten um Angestellte oder Vorstandsmitglieder von Unternehmen in Festlandchina, was einem Anstieg um 60 % gegenüber dem Stand vor vier Jahren entspricht.

Die Wahlbeteiligung bei den 20 direkt gewählten Sitzen in geografischen Wahlkreisen lag bei 31,9 % bzw. 1,3 Millionen Wählern. Die Quote übertraf die bei der letzten Wahl verzeichneten 30,2 %, blieb aber die zweitniedrigste jemals verzeichnete Quote. Während die Wahlbeteiligung um 1,7 Prozentpunkte stieg, ging die Gesamtzahl der tatsächlichen Wähler um rund 33 000 zurück, weil die Wählerbasis um 340 000 geschrumpft war. Die Zahl der ungültigen Stimmen wies einen sprunghaften Anstieg um 50 % auf und erreichte ein Rekordhoch von 41 147.

Im Funktionswahlkreis, in dem hauptsächlich Industrie und Interessengruppen vertreten sind und in dem 30 Sitze durch indirekte Wahl vergeben werden, erreichte die Wahlbeteiligung insgesamt 40,09 %, was einem Anstieg um 7,87 Prozentpunkte bzw. 76 942 Wählern entspricht. Im Wahlausschuss gaben 1 458 von 1 466 eingetragenen Wählern ihre Stimme ab, was einer Wahlbeteiligung von 99,45 % entspricht; damit wurde die im Jahr 2021 verzeichnete Wahlbeteiligung von 98,48 % übertroffen.

Die Regierung hatte um 70 % höhere Mittel für Maßnahmen zur Wahlförderung veranschlagt als vor vier Jahren, was Ausgaben in Höhe von 180 Mio. HKD (20 Mio. EUR) entsprach. Die Regierung verlängerte außerdem die Zeiten für die Stimmabgabe vom üblichen Zeitraum zwischen 8.30 und 22.30 Uhr auf 7.30 bis 23.30 Uhr. Vier neue Arten von Wahllokalen wurden eingerichtet, um die Stimmabgabe für Staatsbedienstete, medizinisches Personal, Angehörige ethnischer Minderheiten sowie ältere und behinderte Einwohner zu erleichtern. Der Regierungschef erklärte, dass die Stimmabgabe eine „Pflicht“ der Staatsbediensteten sei. Die Regierung übernahm auch bei der Organisation von Wahlforen die Führung – während früherer Kampagnen waren solche Foren von Medienunternehmen organisiert worden.

Gleichzeitig nahm die Unabhängige Antikorruptionskommission elf Personen fest, weil sie angeblich andere dazu angestiftet hatten, bei den Wahlen keine oder aber ungültige Stimmen abzugeben; drei von ihnen wurden strafrechtlich verfolgt. Die Antikorruptionsbehörde, die auch für die Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit Wahlen zuständig ist, erließ Haftbefehle gegen zwei im Ausland ansässige Personen, die verdächtigt wurden, solche Beiträge in den sozialen Medien online veröffentlicht zu haben. Darüber hinaus verhaftete die Polizei mindestens 29 Personen wegen mutmaßlicher krimineller Beschädigung von Wahlplakaten, darunter einen 66-jährigen spanischen Staatsangehörigen. Mindestens zwei Fälle wurden vor Gericht gebracht.

Die in Hongkong ansässige zentrale Regierungsstelle, das Amt für den Schutz der nationalen Sicherheit, gab am 6. Dezember – einen Tag vor der Wahl – bekannt, dass sie ausländische Medien und Journalisten wegen sogenannter „Angriffe auf und Einmischung in die Wahlen zum Legislativrat vorgeladen“ habe. Dies war eine beispiellose Maßnahme.

Beobachter stellten Fragen zur Koordinierung der Kandidaturen durch die zentralen Behörden. Insgesamt meldeten sich 161 Kandidaten für die Wahl an, wobei sie sich um alle Sitze bewarben. Keinem der zwölf Abgeordneten, die 70 Jahre oder älter waren, und auch keinem der Abgeordneten, die als zu kritisch angesehen wurden, gelang es, sich erneut zur Wahl zu stellen. Das in Peking ansässige Hong Kong and Macao Work Office dementierte in mindestens

drei auf seiner Website veröffentlichten Kommentaren die Existenz einer „Günstlingsliste“ von Kandidaten.

**Im Vorfeld der Wahlen zum Legislativrat schmolz der verbleibende Raum für politischen Pluralismus weiter zusammen.** Die verbliebenen Parteien der politischen Opposition in Hongkong lösten sich unter starkem politischem Druck auf. Die Demokratische Partei, die einst die größte Partei in der Legislative der Sonderverwaltungsregion war, leitete am 13. April den Auflösungsprozess ein und schloss ihn am 14. Dezember mit einer Abstimmung in der Generalversammlung der Partei ab. Am 29. Juni kündigte die Liga der Sozialdemokraten unter Berufung auf „ungeheuren politischen Druck“ ihre Auflösung an.

Während der vierjährigen Amtszeit des siebten Legislativrats wurden 130 Regierungsvorlagen verabschiedet, was einem Anstieg um 60 % gegenüber der vorherigen Amtszeit entspricht. Das einzige von der Regierung eingebrachte Gesetzesvorhaben, das vom Legislativrat abgelehnt wurde, war das Gesetz über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Der Gesetzgeber entsandte während seiner aktuellen vierjährigen Amtszeit erstmals seit 1997 keine Delegationen nach Europa oder Nordamerika.

Im Juli 2025 verabschiedeten die Abgeordneten einstimmig einen neuen „Kodex für die Mitglieder des Legislativrats“, in dem Anforderungen hinsichtlich der Teilnahme an Sitzungen, Abstimmungen und anderen Pflichten festgelegt und strengere Strafen für Fehlverhalten eingeführt wurden. Nach dem neuen Verhaltenskodex müssen die Mitglieder ihre Pflicht, die nationale Sicherheit zu schützen, gewissenhaft erfüllen und mit gutem Beispiel vorangehen sowie ihr Bewusstsein und ihre Fähigkeiten zum Schutz der nationalen Sicherheit stärken. In dem Kodex wird auch festgelegt, dass die Abgeordneten „die Glaubwürdigkeit der Regierungsführung des Regierungschefs und der Regierung der Sonderverwaltungsregion nicht vorsätzlich verunglimpfen“ sollten.

Am 7. September fanden die Nachwahlen für die Teilgruppen des Wahlausschusses 2025 statt. Rund 3 534 registrierte Wähler – was einer Wahlbeteiligung von 97,33 % entspricht – gaben ihre Stimme für 21 Sitze in dem 1 500 Mitglieder umfassenden Ausschuss ab, der für die Wahl des Regierungschefs und für 40 Sitze im Legislativrat zuständig ist.

### **Umsetzung der Rechtsvorschriften zur nationalen Sicherheit**

2025 jährte sich die Einführung des Gesetzes über die nationale Sicherheit zum fünften Mal. Regierungsvertreter bekräftigten, dass „die nationale Sicherheit eine ständige und nie endende Verpflichtung ist“.

Bis zum 1. Dezember nahm die Polizei 365 Festnahmen nach dem Gesetz über die nationale Sicherheit, der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit und anderen Rechtsvorschriften zur nationalen Sicherheit vor. Im Juni gab der Sekretär für Sicherheit bekannt, dass über die Hotline zur nationalen Sicherheit in den letzten vier Jahren mehr als 920 000 Meldungen eingegangen seien.

Im Mai verabschiedete die Regierung in einem nur dreitägigen Verfahren im Rahmen der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit zwei nachgeordnete Rechtsvorschriften: Am 11. Mai wurden die Abgeordneten über den Gesetzgebungsplan informiert, am 12. Mai fand die Anhörung der Abgeordneten statt, und am 13. Mai wurde das Gesetz im Amtsblatt veröffentlicht.

In einer der beiden nachgeordneten Rechtsvorschriften wurden die Einzelheiten der Umsetzung der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit festgelegt. Im Zusammenhang mit der Arbeit des Festland-Amtes für den Schutz der nationalen Sicherheit (Mainland Office for Safeguarding National Security OSNS) in Hongkong wurden die fünf folgenden Straftatbestände geschaffen:

- Nichteinhaltung einer von der OSNS erlassenen rechtlichen Anordnung ohne triftigen Grund
- Abgabe falscher oder irreführender Erklärungen gegenüber dem OSNS,
- Offenlegung von Untersuchungen durch das OSNS,
- vorsätzliche Widerstandsleistung oder Behinderung der Arbeit des OSNS und
- Amtsanmaßung als Mitarbeiter des OSNS.

Mit dem nachgeordneten Gesetz wurde eine neue Höchststrafe von sieben Jahren Freiheitsentzug und eine Geldstrafe von höchstens 500 000 HKD (56 700 EUR) eingeführt.

Am 15. Mai betonte der Justizsekretär, dass jeder, der ein Ersuchen des OSNS um Übermittlung von Informationen erhält, verpflichtet ist, diesem nachzukommen, auch wenn die Informationen unter eine Vertraulichkeitsvereinbarung fallen.

Mit dem anderen Teil des nachgeordneten Gesetzes wurden sechs ausgewiesene Räumlichkeiten des OSNS zu verbotenen Orten erklärt.

Am 12. Juni führten das OSNS und die Abteilung für nationale Sicherheit der Hongkonger Polizei ihre erste öffentlich bekannte gemeinsame Operation durch. Den Behörden zufolge wurden sechs Personen und eine Organisation verdächtigt, zwischen November 2020 und Juni 2024 den Straftatbestand der „geheimen Absprache mit einem anderen Land oder mit externen Elementen zur Gefährdung der nationalen Sicherheit“ nach dem Gesetz über die nationale Sicherheit begangen zu haben. Die Polizei Hongkongs führte eine Durchsuchung der Wohnungen der Verdächtigen und eines Büros der Organisation durch und beschlagnahmte die Reisedokumente der Verdächtigen.

Am 14. Juni erklärte der Sicherheitssekretär, dass das in Hongkong ansässige Nationale Sicherheitsbüro der Zentralregierung die Polizei Hongkongs um Unterstützung ersucht habe, um zu klären, ob die Voraussetzungen dafür gegeben seien, dass das Büro für nationale Sicherheit mit Genehmigung der Zentralen Volksregierung die Zuständigkeit für einen Fall der nationalen Sicherheit in Hongkong ausüben könne – eine Befugnis, die in Artikel 55 des Gesetzes über die nationale Sicherheit verankert ist. Bis Ende 2025 war der Fall nicht strafrechtlich verfolgt worden, und die Identität der betroffenen Personen und Organisationen blieb unbekannt.

**Die Gerichtsverfahren in den Fällen, in denen im Rahmen des Gesetzes über die nationale Sicherheit, der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit und anderer damit zusammenhängender Rechtsvorschriften Anklage erhoben worden war, wurden 2025 fortgesetzt,** wobei es in einigen Fällen zu erheblichen Verzögerungen kam. Viele der Angeklagten befinden sich seit Mitte 2021 in Haft, teilweise sogar in längerer Einzelhaft.

**Das Berufungsverfahren gegen zwölf prodemokratische Politiker und Aktivisten, die nach dem Gesetz über die nationale Sicherheit wegen der Teilnahme an einer Vorwahl im Jahr 2020 verurteilt worden waren,** fand vom 14. bis 17. Juli statt. Das Gericht hatte im

Hauptverfahren im Mai 2024 45 der 47 Angeklagten, die gemeinhin als „Hongkong 47“ bezeichnet werden, verurteilt und zwei freigesprochen. Zwölf wegen „Verschwörung zur Staatsgefährdung“ verurteilte Angeklagte beantragten mildere Haftbedingungen oder die Aufhebung ihrer Urteile, während die Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch eines Angeklagten Einspruch einlegte. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein, um einen Freispruch aufzuheben. Das Berufungsurteil erging im Februar 2026.

Zwischenzeitlich sind 14 der 45 Angeklagten nach Verbüßung ihrer Haftstrafen freigelassen worden. Aus ihrem Kreis wurde Andrew Chiu der erste Straftäter im Bereich der nationalen Sicherheit, der bei der Strafvollzugsbehörde einen Straferlass erwirkte; er wurde am 28. Oktober freigelassen. Chiu arbeitete mit Staatsanwälten zusammen, um gegen 16 seiner ehemaligen Mitstreiter auszusagen, die sich nicht schuldig bekannt hatten; auf diese Weise sorgte er für einen Erlass seiner ursprünglichen siebenjährigen Haftstrafe<sup>12</sup>.

**Der Prozess wegen Verstoßes gegen das Gesetz über die nationale Sicherheit gegen die Hongkong Alliance in Support of Patriotic Democratic Movements of China** (Hongkonger Allianz zur Unterstützung patriotischer demokratischer Bewegungen Chinas), der am 11. November 2025 beginnen sollte, wurde zum zweiten Mal verschoben und auf den 22. Januar 2026 verlegt. Für den Prozess sind 75 Tage vorgesehen. Die inzwischen aufgelöste zivilgesellschaftliche Gruppe organisierte die jährliche Kerzenlicht-Mahnwache Hongkongs zum Gedenken an das gewaltsame Vorgehen auf dem Tiananmen-Platz im Jahr 1989. Der Staatsanwalt beschuldigte die Hongkonger Allianz und ihre führenden Mitglieder der „Anstiftung zur Staatsgefährdung“. Die Höchststrafe ist lebenslanger Freiheitsentzug. Albert Ho, einer der Angeklagten, beschloss, sich in der Sache schuldig zu bekennen.

In einem damit zusammenhängenden Fall hob das letztinstanzliche Berufungsgericht am 6. März die Verurteilungen von drei ehemaligen Mitgliedern der Hongkonger Allianz, darunter die stellvertretende Vorsitzende Chow Hang-tung, wegen Nichtbefolgung polizeilicher Aufforderungen nach dem Gesetz über die nationale Sicherheit auf.

**In dem gegen den Medienunternehmer und prodemokratischen Aktivisten Jimmy Lai angestregten Prozess wegen Verstößen gegen das Gesetz über die nationale Sicherheit und wegen Aufruhrs** erging durch den Obersten Gerichtshof (High Court) am 15. Dezember ein Schuldspruch zu zwei Anklagepunkten nach dem NSL („geheime Absprache mit einem anderen Land oder mit externen Elementen mit dem Ziel der Gefährdung der nationalen Sicherheit“) und einem Vorwurf nach dem aus der Kolonialzeit stammenden Gesetz über Aufruhr („Verschwörung zum Drucken, Veröffentlichen, Verkaufen, zum Verkauf Anbieten, Verbreiten, Ausstellen und/oder Vervielfältigen aufrührerischer Veröffentlichungen“). Neben Lai wurden auch drei Unternehmen verurteilt, die mit der inzwischen eingestellten Zeitung Apple Daily in Verbindung standen. Sechs ehemalige Apple-Daily-Journalisten hatten sich im November 2022 schuldig bekannt.

In dem Prozess kam es zu erheblichen Verzögerungen. Er dauerte 156 Tage statt der ursprünglich prognostizierten 83 Tage. In dem Urteil wurde ausführlich auf Aussagen und Handlungen von Lai aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über die nationale

---

<sup>12</sup> In einem gesonderten Gerichtsverfahren entschied das Berufungsgericht am 24. Juni, dass die Strafvollzugsbehörde nicht verpflichtet war, die vorzeitige Freilassung von Adam Ma – einem wegen Abspaltung verurteilten Demonstranten – nach seiner Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe zu prüfen. In dem Urteil wurde betont, dass jede Strafmilderung nach freiem Ermessen erfolge und dass die Verweigerung einer vorzeitigen Entlassung eines Häftlings dessen Recht auf Freiheit nicht verletzen würde.

Sicherheit im Juni 2020 Bezug genommen. Der Prozess zur Strafmilderung und die Verurteilung werden im Jahresbericht 2026 behandelt, da sie im Jahr 2026 stattfanden.

Die Familie von Lai brachte immer wieder ihre Besorgnis über die Haftbedingungen und den Gesundheitszustand des 78-Jährigen zum Ausdruck.

Im Nachgang zu dem Urteil bekundeten viele hochrangige Beamte Hongkongs ihre Unterstützung für das Urteil, was im Zusammenhang mit einem Gerichtsverfahren in Hongkong beispiellos war. Das Amt des Kommissars des Außenministeriums der Volksrepublik China in Hongkong veröffentlichte in der Zeit vom 15. bis zum 23. Dezember neun Artikel, in denen es seine Unterstützung für das Urteil bekräftigte und Kritik zurückwies.

Darüber hinaus legte Lai im Jahr 2025 gegen seine Verurteilungen und Strafen im Zusammenhang mit seiner Teilnahme an der Kerzenlicht-Mahnwache vom 4. Juni 2020 sowie in einer gesonderten Betrugssache im Zusammenhang mit Apple Daily Rechtsmittel ein.

Am 6. Juni wurde der **Aktivist Joshua Wong** nach dem Gesetz über die nationale Sicherheit **erneut wegen „Verschwörung mit ausländischen Kräften“ angeklagt**. Wong wurde am 6. Juni vor Gericht gebracht, da ihm Staatsanwälte vorwarfen, er habe sich in der Zeit vom 1. Juli bis zum 23. November 2020 mit dem im Exil lebenden ehemaligen Abgeordneten Nathan Law und anderen verschworen, ausländische Organisationen aufzufordern, Sanktionen zu verhängen oder feindselige Maßnahmen gegen die Sonderverwaltungsregion Hongkong oder die Volksrepublik China zu ergreifen. Wong verbüßt derzeit im Rahmen des Staatsgefährdungsverfahrens gegen „Hongkong 47“ eine Haftstrafe von vier Jahren und acht Monaten und sollte im Januar 2027 freigelassen werden. Ihm könnte eine zusätzliche Freiheitsstrafe zwischen drei Jahren und lebenslänglich drohen.

Im September wies das Berufungsgericht den Antrag von **Wong Kin-Chung, auch bekannt als Joseph John**, einem portugiesischen Staatsangehörigen mit Wohnsitz im Vereinigten Königreich, der wegen „Anstiftung zur Abspaltung“ verurteilt worden war, zurück, beim letztinstanzlichen Berufungsgericht Berufung einzulegen, um seine fünfjährige Haftstrafe anzufechten. Anschließend reichte er direkt beim letztinstanzlichen Berufungsgericht einen Antrag ein, der im November ebenfalls abgewiesen wurde.

Am 15. Dezember wurde ein 16-jähriger Jugendlicher zu einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt, nachdem er sich der Verschwörung zur Abspaltung schuldig gemacht hatte.

Im Laufe des Jahres leiteten die Behörden unter Berufung auf Straftaten nach der **Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit** neue Strafverfolgungsmaßnahmen ein. Anfang Dezember wurden zehn Personen wegen „**rechtswidriger paramilitärischer Übungen**“ – einer Straftat nach Artikel 13 der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit, die auf eine militärisch ausgerichtete Ausbildung hindeutet – festgenommen; zwei von ihnen wurden am 15. Dezember wegen eines Falls von „Verschwörung zur Staatsgefährdung“ angeklagt. Wong Kwok-ngon, bekannt unter dem Pseudonym Wong On-yin, wurde am 9. Dezember wegen „**Behinderung der Ermittlungen bei Straftaten, die die nationale Sicherheit gefährden**“ (durch die Weitergabe von Einzelheiten zu polizeilichen Ermittlungen im Rahmen einer Untersuchung zur nationalen Sicherheit) – eine Straftat gemäß Artikel 88 der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit – sowie wegen Aufruhrs angeklagt.

Im Fall des Vaters der „gesuchten“ Aktivistin Anna Kwok, **Kwok Yin-sang**, der beschuldigt wurde, „**Gelder oder andere finanzielle Vermögenswerte**“ seiner Tochter **zu verwalten**, wurde das viertägige Gerichtsverfahren am 23. Dezember mit dem für den 11. Februar 2026 erwarteten Urteil abgeschlossen. Dies ist der erste Fall, in dem einem Angehörigen eines gesuchten Aktivisten ein Verstoß gegen die nationale Sicherheit zur Last gelegt wurde.

**In der Rechtssache Stand News**, in der im September 2024 Verurteilungen gegen zwei ehemalige Chefredakteure nach dem aus der Kolonialzeit stammenden Gesetz über Aufruhr erging, reichte einer der Redakteure im Juni 2025 eine Beschwerde ein. Das Berufungsverfahren ist für September 2026 angesetzt. In einer weiteren Sache wegen Aufruhrs bestätigte das letztinstanzliche Berufungsgericht die Verurteilung des Aktivisten Tam Tak-chi am 6. März.

**Die Gerichte befassten sich weiterhin mit Fällen im Zusammenhang mit den Protesten von 2019.** Nach Angaben der Justizbehörden Hongkongs hatten die Gerichte bis April 2025 96 % der offenen Fälle im Zusammenhang mit den Protesten von 2019 bearbeitet.

Der pro-demokratische ehemalige Abgeordnete Lam Cheuk-ting wurde am 6. November vom Vorwurf freigesprochen, während einer chaotischen Sitzung im Zusammenhang mit dem umstrittenen Auslieferungsgesetz im Jahr 2019 Peking-freundliche Abgeordnete „angegriffen oder behindert“ zu haben. Am 27. Februar hatte er eine Haftstrafe von 37 Monaten erhalten, weil er am 21. Juli 2019 an einem „Aufruhr“ in der MTR-Station Yuen Long teilgenommen hatte, bei dem ein weiß gekleideter Mob prodemokratische Demonstranten angegriffen hatte.

Im März bestätigte das Berufungsgericht den Freispruch des Vorsitzenden der Demokratischen Partei Lo Kin-hei, der 2019 vor seiner Zeit als Parteivorsitzender beschuldigt worden war, an einer rechtswidrigen Versammlung teilgenommen zu haben.

**Im zweiten Verfahren, das die Stadt nach der Verordnung zur Umsetzung des Systems der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung** angestrengt hat, sprachen die Geschworenen nach einem 163-tägigen Verfahren am 4. September alle sieben Angeklagten vom Vorwurf des Terrorismus frei, drei der Angeklagten wurden jedoch wegen Verschwörung zur Durchführung von Bombenanschlägen während der Proteste im Jahr 2019 nach dem Gesetz über die nationale Sicherheit verurteilt. Das Gericht verurteilte die drei Angeklagten zu Freiheitsstrafen zwischen 16 Jahren und 8 Monaten und 18 Jahren. Eine der freigesprochenen Personen wurde am 30. Oktober wegen Verschwörung zur Anstiftung zum Aufruhr im Jahr 2019 angeklagt.

Im April wurde die **Sozialarbeiterin Jackie Chen** nach einer Wiederaufnahme des Verfahrens zu einer Haftstrafe von 45 Monaten verurteilt und inhaftiert; im Juni widerrief dann das Amt für die Registrierung von Sozialarbeit ihre Berufszulassung.

Viele der rund **6 000 Demonstranten, die während der Proteste im Jahr 2019 festgenommen wurden, gegen die aber noch keine Anklage erhoben wurde**, sind noch auf Kautionsfrei, da die polizeilichen Ermittlungen und die Entscheidungen der Staatsanwaltschaft noch ausstehen. Im Jahr 2025 sollen die Behörden damit begonnen haben, einigen der betroffenen Personen eine rechtliche Rehabilitierung zu gewähren, wenn sie eine Erklärung über Fehlverhalten unterzeichnen und eine Zusage abgeben, das Gesetz einzuhalten.

**In Angelegenheiten der nationalen Sicherheit steht die Rechtsstaatlichkeit in Hongkong nach wie vor stark unter Druck.** Die Behörden verfolgen die politische Opposition und Aktivisten weiterhin nach den Rechtsvorschriften über die nationale Sicherheit. Erhebliche Verzögerungen bei Gerichtsverfahren zur Wahrung der nationalen Sicherheit, lange Untersuchungshaftzeiten und die wiederholte Anwendung von Einzelhaft gaben ebenfalls Anlass zur Sorge. Es bestehen nach wie vor Bedenken hinsichtlich der Wahrung des Rechts auf ein faires Verfahren in die nationale Sicherheit betreffenden Rechtssachen, die von handverlesenen Richtern entschieden und bislang auf Antrag der Staatsanwaltschaft ohne Geschworene durchgeführt werden. Darüber hinaus setzen die Behörden zunehmend administrative und regulatorische Maßnahmen (einschließlich des Entzugs von Lizenzen und beruflichen Qualifikationen, Beschränkungen in Bezug auf Sitzungsorte, Kontrollen oder Steuerprüfungen) ein, um Druck auf Aktivisten, Journalisten und die Zivilgesellschaft auszuüben. Diese Entwicklungen belasten Hongkongs Rechtssystem des Common Law erheblich. Auch wenn die Rechtsstaatlichkeit bei Fällen, die nicht die nationale Sicherheit betreffen, weitgehend gewahrt bleibt, besteht die Gefahr von Ausstrahlungseffekten.

Hongkong liegt auf dem vom US-amerikanischen World Justice Project am 28. Oktober veröffentlichten Rechtsstaatlichkeitsindex von 2025 weltweit auf Platz 24 von 143 Ländern und Hoheitsgebieten und fiel damit im Vergleich zum Vorjahr um einen Platz zurück. Hongkongs Rang in Bezug auf die Grundrechte sank von Platz 62 auf Platz 67.

Ende 2025 waren sechs nichtständige ausländische Richter am letztinstanzlichen Berufungsgericht Hongkongs tätig – drei aus Australien, zwei aus dem Vereinigten Königreich und einer aus Neuseeland. Der neuseeländische Richter William Gillow Gibbes Austen Young wurde zum nichtständigen Richter ernannt. Die Amtszeit von Richter Lord Hoffmann wurde um drei Jahre verlängert. Der Richter Roberto Ribeiro wurde erneut zum ständigen Richter am letztinstanzlichen Berufungsgericht ernannt.

Der australische Richter Robert French beschloss im April, als nichtständiger Richter zurückzutreten. Zur Erläuterung seiner Entscheidung betonte er, dass die „Rolle der nichtständigen Richter am letztinstanzlichen Berufungsgericht zunehmend anachronistisch und wohl eher rein symbolisch geworden ist“. Unabhängig davon erklärte die ehemalige Präsidentin des Obersten Gerichtshofs des Vereinigten Königreichs, Lady Hale, im Juli, dass sie „nun umso mehr davon überzeugt ist, dass es richtig war“, 2021 als nichtständige ausländische Richterin am letztinstanzlichen Berufungsgericht in Hongkong zurückzutreten. Hale argumentierte, dass „das Gesetz über die nationale Sicherheit nun Vorrang vor dem Grundgesetz hat“.

Hongkong gestattet nach wie vor plädierenden Anwälten (Barrister), die in anderen Common-Law-Rechtsordnungen tätig sind, an Gerichtsverfahren teilzunehmen. Im Laufe des Jahres erhob das Justizministerium jedoch Einwände dagegen, dass der britische Barrister Tim Owen einen Angeklagten in einem Verfahren im Zusammenhang mit der Verordnung über organisierte und schwere Straftaten vertritt. Berichten zufolge war dies das erste Mal, dass ein solches Verbot erlassen wurde, obwohl die Anwaltskammer bereits ihre Zustimmung erteilt hatte.

**Auch 2025 lag der Schwerpunkt auf der Integration der „nationalen Sicherheit“ in die Governance der Sonderverwaltungsregion.**

Am 25. Juli erließen die Behörden Hongkongs gegen **19 im Ausland lebende Aktivisten aus Hongkong**, darunter erstmals auch gegen einen EU-Bürger, **Haftbefehle, für die Belohnungen ausgelobt wurden**. Am 4. August bezeichnete die Regierung 16 der 19 Personen offiziell als „Flüchtige“, was weitere Einschränkungen mit sich brachte: 12 dieser Personen wurden ihre Pässe für die Sonderverwaltungsregion Hongkong entzogen, und für einer Person, die sich ehemals im Staatsdienst befand, wurde die Pension gestrichen. Bis Ende des Jahres hatte die Polizei Haftbefehle gegen insgesamt 34 Personen mit Wohnsitz im Ausland erlassen.

Im Februar wies der in den USA ansässige Hongkong Democracy Council darauf hin, dass bis Ende 2024 38 Angehörige und 12 mit anderen in Verbindung stehende Personen in Hongkong von der Polizei zur Unterstützung von Ermittlungen im Rahmen der nationalen Sicherheitsgesetze festgenommen worden waren, da sie persönliche Beziehungen zu „gesuchten“ Aktivisten im Ausland unterhielten.

Am 2. Dezember untersagte der Sicherheitssekretär die Tätigkeit der in Kanada ansässigen Organisation „Hongkong Parliament“ und der in Taiwan ansässigen Organisation „Hongkong Democratic Independence Union“ in Hongkong. Dies war das erste Mal, dass die Regierung Hongkongs von ihren Befugnissen im Rahmen der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit Gebrauch machte, um als subversiv geltende Organisationen zu verbieten.

Im September gab das Sicherheitsbüro eine Leitlinie für alle Beamten heraus, um sie für den Schutz der nationalen Sicherheit zu sensibilisieren.

Der fünfte Jahrestag des Gesetzes über die nationale Sicherheit wurde mit einer Ausstellung in der National Security Education Exhibition Gallery im Hongkong Museum of History begangen.

Am 18. Juli traten die überarbeiteten „Allgemeinen Vorschriften für die Führung von Gefängnissen“ in Kraft, mit denen die Strafvollzugsbehörde ermächtigt wurde, den Zugang von Häftlingen zu Rechtsanwälten und anderen Besuchern aus Gründen der nationalen Sicherheit zu beschränken.

Am 25. Juni verabschiedete der Legislativrat die Gewerkschaftsverordnung 2025 (Änderungsverordnung), die am 5. Januar 2026 in Kraft treten sollte. Die Verordnung sieht insbesondere vor, dass Personen, die wegen Verstößen gegen die nationale Sicherheit verurteilt wurden, keine Führungspositionen in Gewerkschaften bekleiden dürfen.

In dem im Mai veröffentlichten Leitfaden für die Verwaltung von Schulen wird verlangt, dass Schulbibliothekare Materialien, die „Elemente enthalten, die die nationale Sicherheit gefährden oder den Interessen der nationalen Sicherheit zuwiderlaufen“, aus den Sammlungen entfernen. Nach einer Aktualisierung im August ist in dem Leitfaden darüber hinaus festgelegt, dass bei Aktivitäten von Schülern mit externen Organisationen weder „Inhalte eingesetzt werden dürfen, die die nationale Sicherheit gefährden“, noch „politische Propaganda und unangemessene Werte“ gefördert werden dürfen.

Im Rahmen der Überwachungsinitiative „SmartView“ wurden bereits in MTR-Stationen und in öffentlichen Wohnsiedlungen installierte Überwachungskameras an ein zentrales Polizeinetzwerk angeschlossen.

**Es kamen Fragen auf, ob der Fokus auf die nationale Sicherheit zunehmend auf den Geschäftsbereich abstrahlt.** Im Juni hat die Abteilung für Lebensmittel- und Umwelthygiene für fast 20 Arten von Lizenzen und Genehmigungen, darunter für Restaurants, Bäckereien, Metzgereien, Schwimmbäder und Massagesalons, Auflagen im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit eingeführt. Diese Genehmigungen können widerrufen werden, wenn die Inhaber oder ihre Beschäftigten und Unterauftragnehmer ein „rechtswidriges Verhalten“ an den Tag legen.

**Aktivisten mit Wohnsitz im Ausland waren weiterhin Schikanen ausgesetzt.** Im Dezember wurden angeblich von Carmen Lau, einer im Exil lebenden Aktivistin, stammende Briefe mit digital gefälschten Bildern von ihr als Sexarbeiterin an ihre ehemaligen Nachbarn im Vereinigten Königreich gesandt.

Im Jahr 2025 übten die von Peking kontrollierten Medienunternehmen in Hongkong Wen Wei Po und Ta Kung Pao aktiv Druck auf verschiedene Einrichtungen aus, indem sie ihnen „sanften Widerstand“ vorwarfen. Dies betraf die Liber Research Community, die unabhängige Buchmesse, und das Institut für Asien-Pazifik-Studien der Chinesischen Universität Hongkong, weil sie eine Umfrage zu den Zustimmungswerten des Regierungschefs veröffentlicht hatten.

**Die Bemühungen zur Stärkung der nationalen Sicherheit und der patriotischen Bildung wurden 2025 fortgesetzt.** Am Nationalen Tag der Sicherheitserziehung am 15. April hielten mehr als 300 Kindergärten, Grund- und Sekundarschulen mit fast 160 000 Schülerinnen und Schülern nationale Feierlichkeiten zum Fahnenaufzug ab. Das Bildungsministerium forderte die Kindergärten auf, anlässlich des fünften Jahrestags des von Peking am 30. Juni auferlegten Gesetzes über die nationale Sicherheit Feierlichkeiten zum Fahnenaufzug abzuhalten, und stellte den Lehrkräften Vorschläge für Reden über die Bedeutung der nationalen Sicherheit zur Verfügung. Am 1. Juli organisierten alle acht öffentlich finanzierten Universitäten Feierlichkeiten zum Jahrestag der Übergabe.

Das Bildungsministerium veröffentlichte am 10. Juni erstmals seit acht Jahren eine neue Leitlinie zur Aktualisierung seines englischsprachigen Grundschullehrplans. Während in der vorherigen Leitlinie der Schwerpunkt darauf gelegt wurde, den Schülerinnen und Schülern die „Erkundung werterelevanter Themen, einschließlich Menschenrechten und Chancengleichheit,“ zu ermöglichen, lag der Schwerpunkt des neuen „Leitfadens für den Schlüssellehrplan für den englischen Sprachunterricht für die Primarstufe 1 bis 6“ auf der „Stärkung der Werteerziehung, unter anderem der nationalen Bildung einschließlich patriotischer Bildung, der Bildung im Bereich der nationalen Sicherheit und der Lebenserziehung“.

Am 3. Oktober kündigte das Bildungsministerium Änderungen an den Lehrplänen der Sekundarschulen für Geschichte und chinesische Geschichte an. Beispielsweise würden die Schülerinnen und Schüler mehr über die Gründung der Kommunistischen Partei erfahren. Die Hongkonger Prüfungs- und Bewertungsbehörde, die für die Verwaltung der lokalen Hochschulzugangsprüfung zuständig ist, wies darauf hin, dass Schülerinnen und Schüler, die den chinesischen Geschichtstest ablegten, die positiven Auswirkungen des „Großen Sprungs nach vorn“ (Great Leap Forward) nicht genannt hätten.

Am 21. August wurde in Peking die erste Bildungsstätte für patriotische Erziehung für Studierende aus Hongkong und Macao eröffnet. Die Polytechnische Universität Hongkong

eröffnete am 10. Dezember in Zusammenarbeit mit der Universität Xi'an Jiaotong die „Bildungsstätte für patriotische Erziehung der Polytechnischen Universität Hongkong (Xi'an)“ (the Hong Kong Polytechnic University Patriotic Education Base).

### **Weitere wichtige Aspekte der Governance**

Am 17. September kündigte Regierungschef John Lee den vorletzten jährlichen Governance-Plan seiner derzeitigen fünfjährigen Amtszeit an, in dem der Schwerpunkt auf der wirtschaftlichen Entwicklung liegt. Im Oktober veröffentlichte die Regierung im Amtsblatt das Gesetz über grundlegende Wohneinheiten (Basic Housing Units Bill), mit dem minderwertige aufgeteilte Wohnungen schrittweise abgeschafft werden sollen.

Am 26. November forderte die Brandtragödie in Tai Po 168 Menschenleben, darunter Einwohner Hongkongs, ausländische Arbeitskräfte und einen Feuerwehrmann. Anlässlich dieses Verlusts von Menschenleben rief die Stadt eine dreitägige Trauerzeit vom 29. November bis 1. Dezember aus. Die EU-Sprecherin und der Leiter des EU-Büros für Hongkong und Macau brachten in den sozialen Medien ihre Solidarität mit den von der Tragödie betroffenen Menschen zum Ausdruck<sup>13</sup>.

Der Supertaifun Ragasa traf Hongkong am 24. September und veranlasste die Hongkong-Beobachtungsstelle, die Hurrikan-Warnstufe Nr. 10 auszugeben, da die durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten 118 km/h überstiegen. Dieser Sturm war 2025 der stärkste tropische Wirbelsturm in der nordwestlichen Pazifikregion. Dank der Professionalität der beteiligten lokalen Behörden und der bemerkenswerten Resilienz der Bevölkerung Hongkongs kehrte die Stadt rasch zur Normalität zurück.

### **Hongkongs Außenbeziehungen**

Die Außenbeziehungen Hongkongs im Jahr 2025 waren durch Bemühungen um eine Diversifizierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Ländern in Südostasien, im Nahen Osten und anderen aufstrebenden Märkten gekennzeichnet. Im Mai leitete der Regierungschef eine Delegation bei einem sechstägigen Besuch in Katar und Kuwait. Derweil besuchte der Sekretär für Finanzen Paul Chan im Oktober Saudi-Arabien. Angesichts der zunehmenden Spannungen zwischen Tokio und Peking sagte er einen für Mitte Dezember geplanten Besuch in Japan ab.

Nach einem Erdbeben der Stärke 7,6 im März in Myanmar entsandte die Regierung ein Rettungsteam in das Land.

Am 30. Mai nahm der chinesische Außenminister Wang Yi an der feierlichen Unterzeichnung des Übereinkommens über die Gründung der Internationalen Organisation für Mediation teil. Ende 2025 zählte das Übereinkommen 38 Unterzeichnerstaaten, darunter China. Wang Yi erklärt, dass die Einrichtung der Mediationsstelle eine neue Möglichkeit für die internationale Gemeinschaft darstelle, „Streitigkeiten beizulegen und Versöhnung zu erreichen“. Die Organisation nahm ihre Tätigkeit am 20. Oktober offiziell auf. Teresa Cheng, ehemalige Justizsekretärin in Hongkong, wurde zur ersten Generalsekretärin ernannt.

---

<sup>13</sup> [https://www.eeas.europa.eu/delegations/hong-kong/tai-po-fire-eu-office-extends-condolences-and-solidarity\\_en?s=239](https://www.eeas.europa.eu/delegations/hong-kong/tai-po-fire-eu-office-extends-condolences-and-solidarity_en?s=239).

Die Eröffnungszeremonie der Hong Kong International Ombudsman Academy (internationale Akademie für Schiedsleute) fand am 25. August statt. Die Akademie soll den internationalen Austausch und die internationale Zusammenarbeit fördern und gleichzeitig die Qualität der örtlichen öffentlichen Verwaltung verbessern.

Die Hong Kong Association for External Friendship (Hongkonger Gesellschaft für internationale Freundschaft), die unter der Aufsicht der Gesellschaft des chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland steht, feierte am 5. Juli ihre Gründung.

Die Auswanderung aus Hongkong hielt an. Das britische Innenministerium gab bekannt, dass bis September 2025 über 230 000 Inhaber eines britischen (Overseas-)Passes aus Hongkong einen Antrag für das spezielle Visaprogramm gestellt haben, das den Weg zur Staatsbürgerschaft ebnen kann. Rund 150 000 Personen sind im Rahmen dieser Regelung in das Vereinigte Königreich gekommen. Kanada und Australien erhielten weiterhin Visumanträge im Rahmen spezieller Einwanderungsregelungen für Einwohner Hongkongs.

Am 10. Juli verlängerte der US-Präsident den „nationalen Notstandsstatus“ Hongkongs und setzte die Aufhebung der besonderen Handelsprivilegien fort, die die USA Hongkong gewährt hatten. Der Status verbietet auch die Ausfuhr sensibler Technologie in die Stadt.

Am 31. März kündigten die USA gegen sechs Amtsträger aus Hongkong und Festlandchina Sanktionen wegen „transnationaler Unterdrückung“ von Oppositionsaktivisten nach den Rechtsvorschriften über die nationale Sicherheit an. Bei den sechs Amtsträgern handelt es sich um Justizsekretär Paul Lam, Polizeikommissar Raymond Siu (der am 1. April in den Ruhestand trat), den Generalsekretär des Ausschusses für den Schutz der nationalen Sicherheit in Hongkong Sonny Au, den Direktor der OSNS der Zentralregierung Dong Jingwei und die stellvertretenden Polizeikommissare (Nationale Sicherheit) Dick Wong und Margaret Chiu. Dies ist das fünfte Mal, dass die USA Sanktionen gegen Amtsträger aus Hongkong verhängt haben.

Am 10. April wurde der britischen Abgeordneten Werra Hofhause bei einer privaten Reise die Einreise nach Hongkong verweigert. Berichten zufolge war sie die erste britische Abgeordnete seit 1997, der bei ihrer Ankunft in Hongkong die Einreise verweigert wurde.

Im August bestätigte der britische Staatsminister des Innern Gesetzesänderungen zur Bearbeitung von Auslieferungersuchen aus Hongkong auf Einzelfallbasis.

Im Laufe des Jahres bestätigten ein im Vereinigten Königreich wohnhafter Aktivist und ein ehemaliger Abgeordneter in Australien, dass sie von ihren jeweiligen Aufnahmeländern den Asylstatus erhalten hätten.

### **Rechte, Freiheiten und Chancengleichheit**

**Auch im Jahr 2025 schnitt Hongkong in verschiedenen weltweiten Ranglisten zum Thema Rechte weiterhin schlecht ab.** Einem Bericht der nichtstaatlichen Organisation Freedom House zufolge war Hongkong im Jahr 2025 ein „teilweise freies“ Gebiet und erreichte 40 von 100 Punkten. In dem von der Economist Intelligence Unit erstellten und im Februar 2025 veröffentlichten Demokratieindex 2024 belegt Hongkong unter 167 Ländern oder Gebieten Platz 87. Im Index wurde Hongkong mit einer Gesamtpunktzahl von 5,09 von 10 erneut als „hybrides Regime“ eingestuft.

Laut dem Bericht über die **Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, ihren Vertretern und Mechanismen im Bereich der Menschenrechte**<sup>14</sup>, der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen herausgegeben und dem Menschenrechtsrat am 17. September vorgelegt wurde, waren zwei Mitarbeiterinnen des in den USA ansässigen Hongkong Democracy Council, Anna Kwok und Carmen Lau, „wegen ihrer früheren und derzeitigen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen angeblich Repressalien ausgesetzt, auch im Rahmen des vierten Zyklus der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung Chinas durch den Menschenrechtsrat“. Der Bericht verwies auch auf Repressalien gegen Chow Hang-tung und die beiden Mitglieder des internationalen juristischen Teams, das Jimmy Lai und seinen Sohn Sebastien unterstützt.

Am 3. Februar legten die chinesische Regierung und die Regierung Hongkongs dem Ausschuss der Vereinten Nationen gegen Folter ihren regelmäßigen Bericht, der ursprünglich 2019 fällig war, mit einer Verzögerung von sechs Jahren vor.

Am 8. September äußerten der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen über die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten und der Sonderberichterstatter über die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung<sup>15</sup> „ernste“ Bedenken, dass der nunmehr in Australien wohnhafte Anwalt Kevin Yam aus dem Verzeichnis der zugelassenen Anwälte gestrichen wurde, „ohne gegen die Satzung der Anwaltskammer oder den Verhaltenskodex verstoßen zu haben“.

Am 9. Dezember äußerte der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Volker Türk, seine Besorgnis über Berichte, wonach die Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit dazu benutzt worden sei, „hart gegen Menschen vorzugehen, die eine Untersuchung des tödlichen Brandes [in Tai Po] fordern“<sup>16</sup>.

**Die Pressefreiheit blieb weiterhin unter Druck.** In der von Reporter ohne Grenzen im Mai veröffentlichten jährlichen Rangliste der Pressefreiheit fiel Hongkong um weitere fünf Plätze auf Platz 140 zurück. Die Stadt trat erstmals in die „rote Zone“ des Index ein, was auf eine „sehr ernste“ Situation hindeutet. Die Herabstufung wurde mit der Verurteilung der Redakteure von Stand News wegen „Aufruhrs“ im September 2024 in Verbindung gebracht.

Internationalen Journalisten wurde mehrfach die Einreise verweigert. Anträge auf Arbeitsvisa wurden abgelehnt, auch für die Bloomberg-Journalistin Rebecca Choong Wilkins.

Selbstzensur war weitverbreitet: In der im April veröffentlichten Umfrage zur Pressefreiheit 2024/25 des Hongkong Foreign Correspondents' Club (FCC) gaben 65 % der befragten Mitglieder an, dass sie Selbstzensur ausübten, während 33 % in Erwägung zogen, die Stadt aus Gründen der Pressefreiheit zu verlassen. Die vom Hongkonger Journalistenverband erstellte und im Oktober veröffentlichte Index der Pressefreiheit lag bei 28,9 von 100 möglichen Punkten, was eine Verbesserung gegenüber den 25 Punkten im Vorjahr darstellt. Der Verband argumentierte, dass „der höhere Indexwert nicht auf eine erhebliche Verbesserung hindeute, sondern vielmehr die Widerstandsfähigkeit von Journalisten aus Hongkong im derzeitigen Umfeld widerspiegele“.

---

<sup>14</sup> <https://www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/ahrc6062-cooperation-united-nations-its-representatives-and-mechanisms>.

<sup>15</sup> <https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownloadPublicCommunicationFile?gId=30342>.

<sup>16</sup> <https://news.un.org/en/story/2025/12/1166548>.

Auch im Jahr 2025 waren unabhängige Medien und Journalisten weiterhin mit behördlicher Schikane konfrontiert, einschließlich offenbar politisch motivierter Steuerprüfungen. Der Hongkonger Journalistenverband enthüllte im Mai, dass mindestens sechs unabhängige Medien – darunter Hongkong Free Press (HKFP), Hongkong Inmedia und The Witness – gleichzeitig mit Steuerprüfungen und rückwirkenden Forderungen des Finanzministeriums konfrontiert waren. Darüber hinaus waren 20 Personen, die mit unabhängigen Medien in Verbindung standen, betroffen, darunter die neu gewählte Vorsitzende des Hongkonger Journalistenverbands Selina Cheng.

Journalistenverbände hatten wiederholt Schwierigkeiten, Veranstaltungsorte zu finden. Der Hongkonger Journalistenverband musste daher im Januar ein Fußballspiel und im Februar sein jährliches Gala-Dinner absagen, während der Hongkonger Pressefotografenverband daran gehindert wurde, im November anlässlich seines 35-jährigen Bestehens eine Ausstellung zu organisieren.

In diesem zunehmend schwierigen Umfeld führte der Hongkonger Journalistenverband im Juni eine Wahl durch, bei der ein neuer Exekutivausschuss gewählt wurde, ohne die Namen der neu gewählten Mitglieder öffentlich bekannt zu geben.

Im September verabschiedete der Legislativrat das Gesetz über die Registrierung von Titeln und Grundbesitz (verschiedene Änderungen) 2025, das Journalisten keinen Zugang mehr zu amtlichen Grundbüchern gewährt und damit den Raum für investigativen Journalismus einschränkt.

Die Reporterin für die chinesische Außen- und Verteidigungspolitik für die South China Morning-Post, Minnie Chan, die seit Oktober 2023 inhaftiert ist, war Berichten zufolge Ende 2025 noch immer auf dem Festland inhaftiert.

Radio Free Asia stellte seinen Sendebetrieb für Inhalte in kantonesischer Sprache ab dem 1. Juli ein, nachdem die Finanzierung durch die United States Agency for Global Media eingestellt worden war. Der 1996 gegründete private, gemeinnützige Nachrichtendienst hatte häufig Inhalte produziert, die von der Regierung Hongkongs kritisiert wurden.

Im Jahr 2025 war auch zu beobachten, dass die Hongkonger Justiz die Pressefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung durchsetzte. Am 7. August wies das letztinstanzliche Berufungsgericht den Antrag der Kommunikationsbehörde (Communications Authority) zurück, ein früheres Urteil aufzuheben, wonach eine politische Satire, die von der staatlich finanzierten Rundfunkanstalt Radio Television Hongkong (RTHK) ausgestrahlt wurde, keinen Verstoß gegen ihren Kodex darstellt. Damit gab das Gericht der Gewerkschaft der RTHK-Programmverantwortlichen und dem Hongkonger Journalistenverband Recht, die vor fünf Jahren erstmals gegen eine Verwarnung der Aufsichtsbehörde wegen des satirischen Beitrags geklagt hatten.

**Auch die Meinungsfreiheit und der Raum für pluralistische Meinungen standen 2025 weiter unter Druck.** Nach dem Brand in Tai Po, bei dem 168 Menschen ums Leben kamen, nahm die Polizei für nationale Sicherheit den Studenten Miles Kwan und den ehemaligen Bezirksrat Cheung Kam-hung wegen Aufruhrs fest. Kwan hatte eine unabhängige Untersuchung des Brandes gefordert, während Kam-hung sich vor Ort als Freiwilliger bereiterklärt hatte, Spendenlieferungen für die von dem Brand betroffenen Personen zu organisieren.

Im Februar 2025 stellte das unabhängige Umfrageinstitut Hongkong Public Opinion Research Institute (PORI) unter starkem Druck seine politischen Meinungsumfragen ein. Sein Präsident Robert Chung wurde zweimal von der Polizei für nationale Sicherheit festgenommen, um an einer Ermittlung bezüglich der Unterstützung eines der „Flüchtigen“ – Chung Kim-wah, eines ehemaligen stellvertretenden Exekutivdirektors des Instituts, der 2022 in das Vereinigte Königreich zog – mitzuwirken. Chung wurde später freigelassen.

Das Hongkong Institute of Asia-Pacific Studies (Hongkong-Institut für asiatisch-pazifische Studien) an der Chinesischen Universität Hongkong hat seit Juni keine Umfrageergebnisse und keine Zustimmungswerte für die Regierung und den Regierungschef Hongkongs mehr veröffentlicht.

**Der politische Druck wirkte sich auch weiterhin auf kulturelle Aktivitäten aus.** Die Praxis, ausgewählte Filmvorführungen und kulturelle Darbietungen, die als kritisch erachtet werden, abzusagen, wurde auch 2025 fortgesetzt. Auf dem französischen Filmfestival in Hongkong wurden zwei Beiträge abgesetzt, darunter der Film „Case 137“, in dem der Umgang der französischen Polizei mit Protesten beleuchtet wird. Der lokale Filmemacher Kiwi Chow beschwerte sich im November darüber, dass er vier Monate gewartet hätte, bis er erfuhr, dass sein jüngstes Drama „Deadline“ keine Genehmigung für Vorführungen in Hongkong erhalten hat. Normalerweise würde das Verfahren etwa 14 Tage in Anspruch nehmen.

In Absprache mit dem Amt für Kultur, Sport und Tourismus sagte das Kulturbezirksamt West-Kowloon am 18. Oktober, kurz vor Beginn des Kartenverkaufs, die Wiederaufnahme des Stücks „We Are Gay“ der preisgekrönten Dramatikerin Candace Chong ab. Die Behörde erklärte, sie habe Beschwerden erhalten, wonach das Werk – in dem es um eine homosexuelle Liebesgeschichte geht – „Konfrontationen schürt“ und „Hongkong diffamiert“.

Am 30. Mai kündigte der Sänger und Liedermacher Sunny Lam, der dafür bekannt ist, Liedtexte zur kritischen Kommentierung des Tagesgeschehens umzuschreiben, die Absage seiner beiden Konzerte an, die für den 1. und 2. Juni im Kulturbezirk West-Kowloon geplant waren, wobei er sich auf eine „sorgfältige Bewertung“ berief.

Die offizielle Kritik am „sanften Widerstand“ bei kulturellen Aktivitäten hielt an, z. B. an einer unabhängigen Buchmesse, die im Juli veranstaltet wurde.

**Der Zugang zu Informationen und das Recht auf freie Meinungsäußerung waren in Hongkong jedoch nach wie vor erheblich freier als in Festlandchina.** Der weitgehend offene Internetzugang ermöglichte den Menschen in Hongkong weiterhin den Zugang zu unabhängigen Online-Medien. Die zuständige Regierungsbehörde gewährte dem Club ausländischer Korrespondenten Ende des Jahres eine Verlängerung seines Mietvertrags am derzeitigen Standort um weitere drei Jahre.

**Die Religionsfreiheit blieb in Hongkong weitgehend gewahrt.** Der Raum für die Äußerung abweichender Meinungen ist für religiöse Gruppen oder Führer jedoch nach wie vor stark eingeschränkt. Im vierten Jahr in Folge hielt die katholische Diözese Hongkongs keine öffentlichen Messen zum Gedenken an das gewaltsame Vorgehen auf dem Tiananmen-Platz ab.

Im April erteilte das Amtsgericht dem 93-jährigen katholischen Kardinal Joseph Zen Ze-Kiun, der sich seit seiner Festnahme im Jahr 2022 wegen geheimer Absprachen mit dem Ausland auf Kaution in Freiheit befindet und dessen Reisepass von der Polizei für nationale Sicherheit beschlagnahmt wurde, die Genehmigung, in den Vatikan zu reisen, um an der Beerdigung von Papst Franziskus teilzunehmen. Berichten zufolge wurde ihm untersagt, während seiner Reise Medieninterviews zu geben.

**Es gibt keine Anzeichen dafür, dass das Recht, sich für friedliche Proteste zu versammeln, wieder hergestellt wird.** Die ursprünglich von der zivilgesellschaftlichen Gruppe Hong Kong Alliance in Support of Patriotic Democratic Movements organisierte große Kerzenlicht-Mahnwache am 4. Juni im Victoria Park zum Gedenken an die gewaltsame Niederschlagung der Tiananmen-Proteste im Jahr 1989 fand das sechste Jahr in Folge nicht statt. Das EU-Büro stellte an diesem Tag als Zeichen des Gedenkens wieder Kerzen in seine Bürofenster.

Am 4. Juni nahm die Polizei zwei Personen in der Nähe des Victoria-Parks fest und führte zehn weitere Personen ab. Die beiden wurden wegen Nichtvorlage eines Ausweisdokuments bzw. wegen des Verdachts der Behinderung von Polizeibeamten festgenommen.

Im Zusammenhang mit dem Gedenken beschloss der Eigentümer des Fahrzeugs mit dem Kennzeichen „US 8964“ – eine Zahlenreihe, die mit dem Datum der gewaltsamen Niederschlagung des Geschehens am Tiananmen-Platz im Jahr 1989 in Verbindung gebracht wird –, in das Vereinigte Königreich überzusiedeln, da seine Familie am Arbeitsplatz und in der Schule schikaniert wurde. Der Eigentümer stellte ferner fest, dass sein Konto bei der Verkehrsbehörde „gesperrt“ war, was bedeutete, dass sämtliche Vorgänge im Zusammenhang mit seinen Kennzeichen und Fahrzeugen von der Polizei genehmigt werden mussten.

Die traditionellen Demonstrationsbereiche neben dem Gebäude des Legislativrats sind weiterhin geschlossen. Anlässlich des dritten Jahrestags des groß angelegten Einmarsches Russlands in die Ukraine fanden jedoch kleine Demonstrationen statt, die von der Polizei intensiv überwacht wurden. Polizeikräfte in Zivil kontrollierten die Ausweise der vor Ort befindlichen Teilnehmer und Journalisten. Es gab auch mehrere Fälle, in denen Personen zur Unterstützung Palästinas vor dem US-Konsulat protestierten, ohne dass sich die Behörden einmischten.

Die Behörden versuchten weiterhin, Demonstrationen anlässlich des Tags der Arbeit am 1. Mai zu unterbinden, und weiteten den Druck auch auf Pro-Peking-Gruppen wie den Gewerkschaftsbund und den Gewerkschaftsbund von Hongkong und Kowloon aus, die vor 2020 den Tag der Arbeit am 1. Mai traditionell begangen hatten. Im April 2025 äußerte die Polizei Berichten zufolge Bedenken hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Ordnung während eines möglichen Protests, was dazu führte, dass die Gewerkschaft die Veranstaltung absagte.

Im Februar sagte die Gewerkschaft Hongkong Tele-call Taxi Association einen geplanten fünftägigen Streik ab, nachdem der Regierungschef Hongkongs davor gewarnt hatte, dass ein solches Vorgehen den „Interessen des Volkes“ schaden könnte. Die Gewerkschaft hatte ein hartes Vorgehen gegen nicht lizenzierte Fahrdienste gefordert.

Gleichzeitig boten die Behörden weiterhin reichlich Raum für inszenierte Proteste von Pro-Peking-Gruppen, bei denen die EU und gleich gesinnte Länder kritisiert wurden. Als Reaktion auf Erklärungen der EU zu Menschenrechtsfragen fanden 2025 vier solcher Demonstrationen vor dem Gebäude des EU-Büros statt.

**Die Vereinigungsfreiheit war auch 2025 starken Belastungen ausgesetzt.** Mehrere prominente zivilgesellschaftliche Gruppen wurden aufgelöst. Am 28. Februar beschloss die gemeinnützige Organisation Hongkong Unison, deren Schwerpunkt auf den Rechten ethnischer Minderheiten gelegen hatte, sich nach 24-jähriger Tätigkeit aufzulösen. Am 12. Juni gab das China Labour Bulletin mit Sitz in Hongkong, das 1994 vom Gewerkschaftsaktivisten Han Dongfang gegründet worden war, seine Entscheidung zur Auflösung bekannt und verwies dabei auf finanzielle Schwierigkeiten und Schulden. Die Gruppe hatte Gewerkschaftsbewegungen in Festlandchina von Hongkong aus unterstützt. Am 30. Juni verkündigte die 2021 gegründete Riders' Rights Concern Group, die sich vor allem für die Rechte von Zustellern eingesetzt hat, dass sie ihre Tätigkeit unverzüglich einstellen werde.

Am 1. August kündigte die seit 29 Jahren bestehende Society for Protection of the Harbour (Gesellschaft für den Schutz des Hafens), eine bekannte Naturschutzgruppe, die sich 1997 erfolgreich für den gesetzlichen Schutz des Victoria Harbour eingesetzt hatte, ihre Auflösung an und verwies darauf, dass die jüngsten Gesetzesänderungen zur Erleichterung der Landgewinnung ihre Mission untergraben hätten. Die Gruppe war zwar von den ehemaligen Regierungschefs der Stadt, Tung Chee-hwa und Carrie Lam, unterstützt worden, aber die von Peking unterstützte Zeitung Ta Kung Pao beschuldigte die Gruppe des „sanften Widerstands“.

Am 22. August gab die Regierung im Amtsblatt die Streichung von fast 300 Gruppen aus dem Vereinsregister mit der Begründung bekannt, dass davon ausgegangen werde, dass die Organisationen „nicht mehr bestehen“. Zu den Gruppen gehörten sechs inzwischen nicht mehr bestehende prodemokratische Gruppen einschließlich der Scholarism-Bewegung, die von dem inhaftierten Aktivisten Joshua Wong und der prodemokratischen Fraktion People Power gegründet worden war.

Im Laufe des vergangenen Jahres sahen sich mehrere zivilgesellschaftliche Gruppen mit kurzfristigen Absagen von Veranstaltungsorten konfrontiert. So teilte die Chinesische Universität Hongkong Greenpeace einen Tag vor einem Forum für Ökotourismus am 22. Juni mit, dass am Veranstaltungsort Reparaturen erforderlich seien; aufgrund dessen musste die Veranstaltung online durchgeführt werden.

Diese Entwicklung betraf auch auf Mitglieder des konsularischen Korps. In einem im Juli veröffentlichten Interview gab der scheidende US-Generalkonsul Gregory May bekannt, dass die diplomatische Vertretung mit „zunehmenden“ Schwierigkeiten bei der Suche nach Veranstaltungsorten zu kämpfen habe, da Gastgeber mehrfach in letzter Minute abgesagt und einige dabei Druck seitens der Behörden geltend gemacht hätten.

Am 15. April kündigte Amnesty International nach der Schließung seiner Büros in der Stadt im Jahr 2021 die Einrichtung einer neuen, Sektion für Hongkong mit Sitz im Ausland an. Das Büro wird von Hongkonger Aktivisten geleitet, die von Australien, Kanada, Taiwan, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten aus tätig sind.

**Die akademische Freiheit steht weiterhin unter Druck,** wobei insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften eine umfassende Selbstzensur herrscht. Im Jahr 2025 mussten die acht öffentlich finanzierten Hochschulen eine neue Rechenschaftsvereinbarung unterzeichnen, die Klauseln enthält, nach denen die Hochschulen verpflichtet sind, den „Ratschlägen und Anweisungen“ der Zentralregierung zu folgen und sich an den Ausführungen des chinesischen Staatschefs Xi Jinping zu orientieren.

Das Hongkong-Institut für asiatisch-pazifische Studien an der Chinesischen Universität Hongkong beendete seine Verträge mit zwei leitenden Forschungsbeauftragten, dem ehemaligen US-Diplomaten Morton Holbrook und dem taiwanesischen Wissenschaftler Hsin-Huang Hsiao, vor dem Hintergrund von Kritik seitens der von Peking kontrollierten Ta Kung Pao vom 30. Juli.

Im August schlossen sich die University of Hong Kong und die Hong Kong University of Science and Technology der Tsinghua University an und richteten gemeinsam eine Konferenz zum Thema „Globale vergleichende Perspektiven zu Xinjiang“ aus.

Alle Wissenschaftler aus Hochschuleinrichtungen mit Sitz in Hongkong zogen ihre Teilnahme an der für Anfang Dezember vorgesehenen, vom Institut für Soziologie der Academia Sinica in Taiwan organisierten „Dritten Internationalen Konferenz zu globalen Studien in Hongkong: Resilienz & Transformation“ zurück – Berichten zufolge aufgrund von politischem Druck.

**Dennoch wurde der Hochschulsektor in Hongkong im vergangenen Jahr in verschiedenen Rankings positiv gewürdigt.** In den im Juni veröffentlichten QS World University Rankings 2026 waren fünf Universitäten in Hongkong unter den 100 besten Universitäten der Welt. Eine Einrichtung stieg um sechs Plätze auf den weltweit elften Platz auf und erzielte damit ihr bislang bestes Ergebnis. In den im Oktober veröffentlichten Times Higher Education World University Rankings 2026 zählten sechs Hongkonger Einrichtungen zu den 200 weltweit führenden Universitäten – ein Rekord für die Stadt.

**Im Jahr 2025 ergab sich bei den Rechten von LGBTIQ+-Personen ein gemischtes Bild.** Am 10. September stimmte der Legislativrat gegen das Gesetz über gleichgeschlechtliche Partnerschaften, mit dem im Einklang mit einem Urteil des letztinstanzlichen Berufungsgerichts vom September 2023 ein alternativer Rahmen für die Anerkennung homosexueller Partnerschaften geschaffen worden wäre. Gegen den Gesetzesentwurf stimmten 71 von 87 Abgeordneten, 14 stimmten dafür und einer enthielt sich der Stimme. Dies war der erste und einzige von der Regierung vorgeschlagene Gesetzentwurf, der von der damaligen Legislative während ihrer vierjährigen Legislaturperiode abgelehnt wurde.

Nach dem vorgeschlagenen Gesetz hätten gleichgeschlechtliche Paare ihre Beziehungen zunächst außerhalb Hongkongs registrieren lassen müssen. Der Mechanismus hätte den Paaren dann eine begrenzte Anzahl von Rechten in Bezug auf medizinische Fragen und Angelegenheiten nach dem Tod gewährt. In dem Papier wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Rahmen nicht mit der Ehe gleichzusetzen sei.

Dennoch wurde das Gesetz sowohl von den wichtigsten politischen Parteien der Stadt als auch von der LGBTIQ+-Gemeinschaft kritisiert. Nach Auffassung von konservativen Gruppen wären gleichgeschlechtliche Beziehungen durch den Rahmen faktisch als Ehen anerkannt worden, während er nach Ansicht einiger Mitglieder der LGBTIQ+-Gemeinschaft keinen ausreichenden Schutz ihrer Rechte bot. Der Ausschuss zur Prüfung von Gesetzesvorlagen (Bills Committee), der die vorgeschlagenen Rechtsvorschriften sorgfältig prüfte, hatte die Öffentlichkeit aufgefordert, Stellungnahmen einzureichen. Es gingen mehr als 10 000 Stellungnahmen ein. Den Angaben der Behörden zufolge sprachen sich davon nur 19 % für die Gesetzesvorlage aus.

Nachdem der Legislativrat sein Veto gegen den Gesetzentwurf eingelegt hatte, sagte der Regierungschef am 16. September zu, dass er bis zum Stichtag am 17. Oktober – wie vom letztinstanzlichen Berufungsgericht angeordnet – Verwaltungsmaßnahmen als Abhilfe ankündigen werde, um die verfassungsrechtlichen Anforderungen zu erfüllen. Zum Ende des Jahres waren noch keine Einzelheiten zu den angekündigten Maßnahmen bekannt. Rechtswissenschaftler warnten vor einer Beeinträchtigung der Rechtsstaatlichkeit in Hongkong für den Fall, dass der vom letztinstanzlichen Berufungsgericht auferlegten rechtlichen Verpflichtung nicht in ausreichendem Maße nachgekommen wird.

Während es Stimmen gab, die sich dafür aussprachen, den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (Standing Committee of the National People's Congress) zu ersuchen, das Grundgesetz in dieser Frage auszulegen und damit das Urteil des letztinstanzlichen Berufungsgerichts aufzuheben, zeigten sich die Behörden zurückhaltend. Das Amt für Angelegenheiten Hongkongs und Macaus, das dem Staatsrat untersteht, veröffentlichte erst nach dem Veto eine Stellungnahme, in der argumentiert wurde, dass die Abstimmung mit der sozialen Realität Hongkongs im Einklang stehe und die Werte des gesellschaftlichen Mainstreams widerspiegele. In dem Artikel wurde auch darauf hingewiesen, dass die Administrative, die Legislative und die Judikative die Angelegenheit im Einklang mit dem Gesetz behandelt hätten.

Zu Beginn des Jahres hatte der Legislativrat bereits einen nicht bindenden Antrag zur „Wahrung des monogamen und heterosexuellen Ehesystems in Hongkong“ angenommen. Es gab 69 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen.

Unterdessen sahen sich LGBTIQ+-Gruppen zunehmend Schwierigkeiten bei der Organisation von Veranstaltungen gegenüber. Die Organisatoren von „Pink Dot“, einer groß angelegten Unternehmensveranstaltung zur Unterstützung der Rechte von LGBTIQ+-Personen, die für den 12. Oktober geplant war, gaben am 31. Juli bekannt, dass der ursprüngliche Veranstaltungspartner die Anmietung seiner Räumlichkeiten ohne weitere Erklärung abgelehnt hatte. Die Veranstaltung fand schließlich in Form eines Online-Konzerts statt. Das ursprünglich als Open-Air-Veranstaltung vom Hongkong Pride Committee organisierte „Rainbow Festival“ konnte am 29. November nicht wie geplant im Freien stattfinden, da der Veranstaltungsort aufgrund von „Bauarbeiten“ nicht mehr zur Verfügung stand.

Andere Gemeinschaftsveranstaltungen konnten jedoch durchgeführt werden. Eine Gruppe lokaler Nichtregierungsorganisationen (NRO) unter der Leitung von Gay Harmony organisierte am 17. Mai im Zusammenhang mit IDAHOBIT erfolgreich ein öffentliches Straßenfest zur Unterstützung des Entwurfs des Gesetzes über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Der von der NRO Gay Harmony organisierte jährliche Pride Bazaar fand zum fünften Mal statt und wurde vom 14. bis 15. Juni an einem nicht öffentlichen Ort abgehalten.

Die Justiz Hongkongs förderte die Rechte von LGBTIQ+-Personen weiterhin. Am 23. Juli gab der Oberste Gerichtshof (High Court) der Klage eines anonymen Klägers statt, wonach die Regierung gegen ihre verfassungsmäßige Pflicht zum Schutz der Grundrechte der Bewohner verstoßen habe, indem sie die Zweckentfremdung öffentlicher Toiletten auf Kosten der Transgender-Gemeinschaft unter Strafe gestellt hatte. Die Regierung hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Unabhängig davon entschied der Oberste Gerichtshof am 9. September zugunsten eines lesbischen Paares, das beantragt hatte, den Namen der Partnerin der leiblichen Mutter in die Geburtsurkunde des gemeinsamen Sohnes aufzunehmen. Das Paar, eine Person mit Hongkonger und eine mit südafrikanischer Staatsangehörigkeit, hatte 2019 im Ausland geheiratet. Das Kind wurde durch In-vitro-Fertilisation gezeugt.

**Was Asylsuchende betrifft**, so baute die Regierung ihre Bearbeitungskapazitäten aus. Im Februar ernannten die Justizbehörden den ersten stellvertretenden Richter am Gericht erster Instanz, der ausschließlich für Fälle im Zusammenhang mit Anträgen auf Nichtzurückweisung zuständig sein soll.

**Ausländische Hausangestellte in Hongkong sind nach wie vor eine schutzbedürftige Gruppe.** Im Juni wies das letztinstanzliche Berufungsgericht eine richterliche Überprüfung einer ausländischen Haushaltshilfe zurück, die geltend machte, dass die Polizei ihrer Beschwerde gegen ihren Arbeitgeber nicht nachgegangen sei, da es keine spezifischen Rechtsvorschriften gegen Zwangsarbeit gebe.

**Die Rechte von Häftlingen geben weiterhin Anlass zur Sorge.** Die Strafvollzugsvorschriften (in der geänderten Fassung) 2025 traten am 18. Juli in Kraft und schränkten die Besuchsrechte ein. Die Strafvollzugsbehörde kann nun für Personen – auch Rechtsanwälte und religiöse Führer – aus bestimmten Gründen, einschließlich des Schutzes der nationalen Sicherheit, den Besuch eines Häftlings einschränken oder sogar verbieten. Nach den früheren Vorschriften galten für Rechtsanwälte keine Beschränkungen, und Seelsorger konnten Gefangene „zu jedem angemessenen Zeitpunkt“ besuchen.

Im Laufe des Jahres äußerten Gruppen außerhalb Hongkongs und Verwandte von inhaftierten Personen weiterhin Bedenken hinsichtlich der Haftbedingungen, einschließlich der Anwendung von Einzelhaft und der mutmaßlichen Verweigerung des Zugangs zu religiösen Ritualen. Chow Hang-tung – ein inhaftierter pro-demokratischer Aktivist und Mitglied der Hong Kong Alliance – kam im Jahr 2025 wiederholt in Einzelhaft.

Laut dem von der Strafvollzugsbehörde im Februar 2025 veröffentlichten Jahresbericht 2024 belief sich die durchschnittliche Zahl der Untersuchungshäftlinge täglich auf 3 650, was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 18 % entspricht und einen neuen Höchststand seit 2000 darstellt. Ende 2024 waren 591 Personen wegen Beteiligung an Straftaten im Zusammenhang mit den Protesten im Jahr 2019 und den Rechtsvorschriften zur nationalen Sicherheit in Haft, was einem Rückgang um 24 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

## **II. Wirtschaftliche Entwicklungen**

Hongkong übt bei der Umsetzung von Handelsabkommen unabhängige Befugnisse aus und bestimmt seine Geldpolitik unabhängig von Festlandchina. Auch im Jahr 2025 war Hongkong in wirtschaftspolitischen Fragen ein von Festlandchina getrenntes Rechtsgebiet. Es hat seine eigene Währung beibehalten, bei der es keine Begrenzungen für den Kapitalverkehr gibt. Darüber hinaus verfügt Hongkong über eigene Regulierungsstrukturen zur Überwachung der Unternehmen in seinem Gebiet.

Laut dem Weltinvestitionsbericht 2025 der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen war Hongkong im Jahr 2024 **das viertgrößte Ziel für ausländische**

**Direktinvestitionen weltweit**<sup>17</sup>. Darüber hinaus ist Hongkong eine der weltweit führenden **Handelsmächte** (Platz sieben im Jahr 2024)<sup>18</sup>, wobei seine Ausfuhren weitgehend aus Wiederausfuhren bestehen.

Die Wirtschaft Hongkongs wird vom **Dienstleistungssektor dominiert** (94 % des BIP), darunter Finanzdienstleistungen und Logistik, während das verarbeitende Gewerbe nur einen Bruchteil des BIP ausmacht (1 %).

Nach einem Anstieg um 2,5 % im Jahr 2024 **wuchs Hongkongs Wirtschaft 2025 zum dritten Mal in Folge**<sup>19</sup> und erreichte im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg des BIP um 3,5 %. Das Wirtschaftswachstum wurde durch die starke Entwicklung in der Finanzdienstleistungsbranche sowie im Handel und in der Logistik gestützt, während die Bau-, Immobilien- und Tourismusbranche weiterhin mit Herausforderungen konfrontiert waren.

Mit einem jährlichen Anstieg des Verbraucherpreisindex um 1,4 % **blieb die Inflation im Jahr 2025 moderat. Die Arbeitslosenquote** lag im Dezember 2025 bei 3,6 %, was gegenüber dem Wert von 3,0 % im Dezember 2024 einem Anstieg entspricht.

Der **Handels- und Logistiksektor** wuchs im Laufe des Jahres weiter. Das Volumen von Hongkongs Außenhandel mit Waren stieg im Laufe des Jahres um 15,5 % auf 10,93 Bio. HKD (1,2 Bio. EUR)<sup>20</sup> (nach einem Anstieg um 7,3 % im Jahr 2024). Hongkongs Stellung als Drehscheibe für den Warenverkehr wird weitgehend durch seine Rolle als Transit- und Wiederausfuhrzentrum gestützt.

Die **Finanzbranche** wurde durch einen steilen Anstieg der öffentlichen Erstemissionen (Börsengänge) unterstützt. Im Jahr 2025 gab es in Hongkong 119 Börsengänge (ein Anstieg gegenüber 71 im Jahr 2024), und der durch Börsengänge erzielte Gesamtbetrag stieg im Jahresvergleich um 226,8 % auf 285,8 Mrd. HKD (31,7 Mrd. EUR). Hongkong war 2025 gemessen am Volumen der weltweit größte Standort für Börsengänge. Im Jahresverlauf legte der **Hong Kong Hang Seng Index** um 29,7 % zu, während die Marktkapitalisierung der Hongkonger Börse (Hong Kong Stock Exchange) um 34,2 % auf 47,4 Bio. HKD (5,3 Bio. EUR) stieg. Der durchschnittliche Tagesumsatz am Markt stieg im Vergleich zum Vorjahr um 89,5 % auf 249,8 Mrd. HKD (27,7 Mrd. Euro). Ende Oktober 2025 war Hongkong, gemessen an der Marktkapitalisierung, weltweit der sechstgrößte und in Asien der drittgrößte Aktienmarkt sowie der weltweit größte Offshore-Handelsplatz für den Renminbi.

**Der Tourismus und die von den Ausgaben der Touristen abhängigen Branchen** haben das Niveau des Jahres 2018, dem letzten „normalen“ Jahr für die Tourismusströme nach Hongkong vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie, noch nicht wieder erreicht. Hongkong verzeichnete im Jahr 2025 49,9 Millionen Besucher, was einem Anstieg von 12,1 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht, aber nur 76,6 % der Besucherzahl von 2018. Der Anteil der Besucher aus Festlandchina betrug 75,8 % bzw. 37,8 Millionen. Die Besucher in Hongkong

---

<sup>17</sup> Website der UNCTAD:

<https://unctad.org/topic/investment/world-investment-report>.

<sup>18</sup> Amt für Zensus und Statistik der Sonderverwaltungsregion Hongkong:

[https://www.censtatd.gov.hk/en/web\\_table.html?id=410-51041](https://www.censtatd.gov.hk/en/web_table.html?id=410-51041).

<sup>19</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

[https://www.censtatd.gov.hk/en/press\\_release\\_detail.html?id=5724](https://www.censtatd.gov.hk/en/press_release_detail.html?id=5724).

<sup>20</sup> Umgerechnet in EUR zum Kurs von 1 EUR = 9,01 HKD (Stand: Ende Dezember 2025)

[https://commission.europa.eu/funding-tenders/procedures-guidelines-tenders/information-contractors-and-beneficiaries/exchange-rate-infoeuro\\_de](https://commission.europa.eu/funding-tenders/procedures-guidelines-tenders/information-contractors-and-beneficiaries/exchange-rate-infoeuro_de).

gaben zudem im Laufe des Jahres pro Kopf weniger aus, sodass die gesamten Tourismusausgaben in den ersten neun Monaten des Jahres 2025 (dem letzten Zeitraum, für den Daten verfügbar sind) im Vergleich zum Vorjahr um 5,8 % stiegen (gegenüber einem Anstieg der Besucherzahlen um 12,1 %). Der Wert der **Einzelhandelsumsätze** (die von den Ausgaben im Tourismus abhängen) stieg im Laufe des Jahres gegenüber dem Vorjahr nur leicht um 1,0 % auf 380 Mrd. HKD (42,2 Mrd. EUR), was nur 78 % ihres Niveaus im Jahr 2018 entsprach. Die schwache Entwicklung im Einzelhandel wurde auch dadurch verschärft, dass Einwohner Hongkongs zu Einkaufs- und Freizeitzielen in die benachbarte Stadt Shenzhen reisten.

Die **Luftfahrt** und die damit verbundenen Wirtschaftszweige erholten sich 2025 weiter, aber die Zahl der Flüge und Passagiere am internationalen Flughafen Hongkong blieb unter dem Niveau vor der Pandemie. Im Jahr 2025 stieg die Zahl der Flüge von und nach Hongkong um 8,7 % auf 394 732 und die Zahl der Fluggäste um 15,0 % auf 60,8 Millionen, lag damit aber immer noch um 6,0 % bzw. 14,6 % niedriger als 2019. Das Luftfrachtvolumen nahm im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % auf 5,0 Millionen Tonnen zu (Volumenanstieg von 7,1 % gegenüber 2019). Hongkong behielt im Jahresverlauf seine Stellung als weltweit verkehrsreichstes Luftfrachtdrehkreuz bei. Mit einer dritten Start- und Landebahn, die nun in Betrieb ist, verfügt Hongkong über Kapazitäten für 120 Millionen Fluggäste und 10 Millionen Tonnen Fracht.

Das **System des an den US-Dollar gekoppelten Wechselkurses** der Sonderverwaltungsregion blieb im Laufe des Jahres bestehen, wobei die Bandbreite zwischen 7,75 und 7,85 HKD pro US-Dollar lag. Die Währungsreserven blieben weitgehend stabil und beliefen sich Ende 2025 auf 427,9 Mrd. USD, was einen leichten Anstieg gegenüber den 421,5 Mrd. USD Ende 2024 darstellt.

In dem im Februar 2025 vorgelegten Haushaltsplan wurde für das (am 31. März 2026 endende) Haushaltsjahr 2025-2026 ein konsolidiertes Defizit in Höhe von 163 Mrd. HKD (18,1 Mrd. EUR) prognostiziert, wobei die Einnahmen aus der Ausgabe von Staatsanleihen nicht berücksichtigt waren. Die Haushaltslage verbesserte sich im Laufe des Jahres. Analysten prognostizierten, dass die Betriebsbilanz des Staatshaushalts am Ende des im März 2026 endenden Haushaltsjahres einen Überschuss verzeichnen werde, während der konsolidierte Abschluss (Betriebsbilanz + Kapitalbilanz) weiterhin ein Defizit aufweisen würde (das sechste Defizit Hongkongs in sieben Jahren). Die Defizite werden durch die Ausgabe von Staatsanleihen und die Inanspruchnahme der Haushaltsreserven Hongkongs finanziert. Im Dezember 2025 beliefen sich die Staatsschulden auf rund 12,4 % des BIP, was einem Anstieg gegenüber dem praktisch schuldenfreien Jahr 2019 entspricht.

## **Rahmenbedingungen für Unternehmen**

**Die Wahrnehmung der Rahmenbedingungen für Unternehmen in Hongkong hat sich innerhalb der europäischen Wirtschaft 2025 leicht verbessert.** Dies zeigte sich in einer im Mai 2025 veröffentlichten Umfrage zum Geschäftsklima unter schwedischen Unternehmen<sup>21</sup> (schwedische Unternehmensumfrage) und einer im August 2025 durchgeführten deutschen

---

<sup>21</sup>Business Climate Survey for Swedish Companies in Hongkong SAR 2025, durchgeführt von Business Sweden, der schwedischen Handelskammer und dem schwedischen Generalkonsulat  
<https://www.business-sweden.com/insights/reports/business-climate-surveys/hong-kong-sar-business-climate-survey-2025/>.

Umfrage zum Unternehmervertrauen (deutsche Unternehmensumfrage)<sup>22</sup>. In der deutschen Unternehmensumfrage erreichte das Unternehmervertrauen seinen höchsten Stand seit Beginn der Erhebung im Jahr 2019. Das Vertrauen lag bei 3,84 (auf einer Skala von 1 bis 5), was einem Anstieg gegenüber 3,36 im Jahr 2024 und 2,30 im Jahr 2022 (dem niedrigsten jemals verzeichneten Wert) entspricht. In der schwedischen Unternehmensumfrage wurde das Geschäftsklima in Hongkong mit 3,3 (von 5) bewertet, was einem Anstieg gegenüber dem Wert von 3,1 im Jahr 2024 entspricht.

Unternehmen betrachten Hongkong nach wie vor weitgehend als ein **vom Wettbewerb geprägtes Wirtschaftszentrum** mit einem starken Wertversprechen. Zu den Vorteilen einer Niederlassung in Hongkong gehören: ein einfaches Steuersystem mit niedrigen Sätzen, die geografische Lage, die Anbindung und der Zugang zum chinesischen Festland, die Einfachheit von Geschäftstätigkeiten, der freie Kapitalverkehr und die volle Konvertierbarkeit des Hongkong-Dollar, das Rechtssystem des Common Law, die Datensicherheit, ein geringes Maß an Korruption und ein hohes Maß an öffentlicher Sicherheit. Die Unternehmen halten es für wichtig, dass diese Vorteile auch in Zukunft erhalten bleiben. Die wahrgenommene wirtschaftliche Offenheit Hongkongs spiegelte sich in der schwedischen Unternehmensumfrage wider, in der Hongkong als der Markt mit den weltweit geringsten Markthemmnissen eingestuft wurde. In der deutschen Unternehmensumfrage gaben 92,4 % der Befragten an, in den nächsten zwölf Monaten keine Standortverlagerung in Betracht zu ziehen (gegenüber 7,6 %, die eine teilweise Standortverlagerung in Betracht zogen); 31,9 % äußerten Pläne für weitere Investitionen in Hongkong (die übrigen Befragten gaben an, dass sie keine solchen Pläne haben oder unentschieden sind).

**Unternehmen in Hongkong berichteten auch über eine Reihe von Herausforderungen.** Zu den größten Herausforderungen zählen die **hohen Kosten** für die Tätigkeiten eines Unternehmens in Hongkong (einschließlich Arbeits- und Grundstückskosten), die Anwerbung und Verfügbarkeit von **Fachkräften** und Veränderungen im Talentpool Hongkongs. Ein weiteres Problem für Unternehmen aus Drittstaaten und der EU sind die örtlichen **politischen und rechtlichen Entwicklungen seit 2019**, einschließlich der Umsetzung der Rechtsvorschriften zur nationalen Sicherheit und Bedenken hinsichtlich der Meinungs- und Redefreiheit. In der deutschen Unternehmensumfrage wurde das politische Klima als zweitgrößtes Problem (nach den Kosten) genannt, das die Wettbewerbsfähigkeit Hongkongs beeinträchtigt. In der schwedischen Umfrage gaben 38 % der Befragten an, dass sich politische Entwicklungen negativ oder sehr negativ auf das Geschäftsklima in Hongkong auswirkten (gegenüber 51 % im Jahr 2024), wobei die größte Sorge darin bestand, dass diese Entwicklungen den Status Hongkongs als internationales Wirtschaftszentrum gefährden und die Rede- und Medienfreiheit beeinträchtigen, während 43 % neutrale und 6 % positive Auswirkungen meldeten. Die beiden Umfragen zeigten auch Bedenken auf, die hinsichtlich des Rechtssystems und der Justiz bestehen. Die Auswirkungen der US-Zölle auf die Geschäftstätigkeit von EU-Unternehmen in Hongkong gaben ebenfalls Anlass zur Sorge.

**Die Anwerbung von Talenten für Hongkong** war nach wie vor eine der wichtigsten politischen Maßnahmen der Regierung. Die meisten Arbeitnehmer, die im Laufe des Jahres im Rahmen verschiedener staatlicher Talentprogramme für Hongkong angeworben wurden, waren Staatsangehörige von Festlandchina (z. B. stammten im ersten Halbjahr 2025 – dem Zeitraum, für den zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts die aktuellsten Daten verfügbar waren –

---

<sup>22</sup> Business Confidence Survey 2025, durchgeführt von der Deutschen Industrie- und Handelskammer und der Deutschen Handelskammer in Hongkong  
<https://hongkong.ahk.de/en/news/german-business-in-hong-kong-2025>.

97 % der im Rahmen des Aufnahmeprogramms für qualifizierte Migranten genehmigten Anträge, 87 % der im Rahmen des Aufnahmeprogramms für Technologietalente genehmigten Anträge und 94 % der im Rahmen der Passregelung für Spitzentalente genehmigten Anträge von Festlandchinesen).

Eine kürzlich vom Hongkonger Zensus- und Statistikamt (Hong Kong Census and Statistics Department) durchgeführte jährliche Erhebung über ausländische Unternehmen in Hongkong **ergab, dass die Anzahl ausländischer Unternehmen (ohne Unternehmen aus Festlandchina)** im Jahr 2025 im Vergleich zu 2024 um 8,7 % auf einen historischen Höchststand von 7 980 angestiegen war. Mit einer Zunahme um 10,2 % im Vergleich zu 2019 stellt dies zudem einen Anstieg gegenüber dem Niveau vor der Pandemie dar. Allerdings waren die ausländischen Unternehmen mit durchschnittlich 46,0 Beschäftigten pro Unternehmen um 7,1 % kleiner als 2024 (49,5 Beschäftigte) und um 15,7 % kleiner als 2019 (54,5). Darüber hinaus blieb die Zahl der ausländischen (nichtchinesischen) Unternehmen, die ihren regionalen Hauptsitz und ihre regionalen Büros in der Sonderverwaltungsregion haben, niedriger und verzeichnete einen Rückgang um 8,6 % gegenüber 2019 (trotz eines Anstiegs um 3,9 % gegenüber dem Vorjahr im Jahr 2025). Zugleich ist die **Anzahl der** in Hongkong ansässigen **Unternehmen aus Festlandchina** im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 17,9 % und im Vergleich zu 2019 um 71,8 % gestiegen (ihr Anteil an den nicht in Hongkong ansässigen Unternehmen beträgt nun 27,8 %, gegenüber 19,9 % im Jahr 2019).

Im **März 2025** kündigte das in Hongkong ansässige Konglomerat **CK Hutchison Holdings Ltd (CK Hutchison)** eine wichtige strategische Transaktion zum Verkauf des größten Teils seines weltweiten Hafengeschäfts (43 Häfen/Terminals) in 23 Ländern (mit Ausnahme der Häfen in Festlandchina und Hongkong) an, einschließlich seiner Mehrheitsbeteiligung an der Panama Ports Company (PPC), die Terminals an beiden Enden des Panamakanals betreibt<sup>23</sup>. Das auf einen Wert von rund 22,8 Mrd. USD geschätzte Geschäft wurde im Grundsatz mit einem Konsortium unter der Leitung des US-Vermögensverwaltungsunternehmens BlackRock Inc. und Partnern wie Terminal Investment Limited (TiL) der Mediterranean Shipping Co. (MSC) vereinbart. Die Transaktion wurde von CK Hutchison vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen angekündigt. Im Laufe des Jahres wurde in mehreren Quellen über Kritik an dem Verkauf aufseiten von Vertretern aus Hongkong und Festlandchina sowie über Druck aus Peking berichtet, wonach ein chinesischer strategischer Investor – angeblich COSCO Shipping – an dem Geschäft beteiligt werden solle. Im Juli 2025 **gab CK Hutchison bekannt**, dass Gespräche geführt werden sollen, um einen bedeutenden strategischen Investor aus Festlandchina als wichtiges Mitglied des Konsortiums zu gewinnen<sup>24</sup>. Ende 2025 war das Geschäft noch nicht abgeschlossen und blieb politisch heikel. Darüber hinaus wurde die Konzession von CK Hutchinson durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs Panamas aufgehoben, und Maersk übernahm in der Zwischenzeit den Betrieb der beiden Panama-Terminals (Balboa und Cristóbal). Dies kann auch künftige Geschäftsvereinbarungen über die Häfen erschweren.

## Wirtschaftspolitik

---

<sup>23</sup> Gemeinsame Ankündigung von CK Hutchison Holdings Limited und BlackRock Inc., Global Infrastructure Partners und Terminal Investment Limited

[https://www.ckh.com.hk/en/media/press\\_each.php?id=3431](https://www.ckh.com.hk/en/media/press_each.php?id=3431).

<sup>24</sup> Ankündigung von CK Hutchison Holdings Limited

<https://www1.hkexnews.hk/listedco/listconews/sehk/2025/0728/2025072800045.pdf>.

In seiner jährlichen **Grundsatzrede vom 17. September 2025** stellte der Regierungschef Hongkongs vor allem die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt. In der Erklärung kündigte er die Initiative zur Nutzung der Vorteile Hongkongs als Wirtschaftszentrum und Exportplattform an, um **Unternehmen aus Festlandchina bei der Expansion ins Ausland zu unterstützen**. Die Grundsatzrede bezieht sich auf eine Verlagerung des strategischen Schwerpunkts, wobei Unternehmen aus Festlandchina proaktiv aufstrebende Märkte ausloten. Im Oktober 2025 richtete die Regierung Hongkongs die Arbeitsgruppe zur Unterstützung von Unternehmen auf dem Festland bei der Expansion in weltweite Märkte (die GoGlobal Task Force)<sup>25</sup> ein, um die Auslandsvertretungen Hongkongs sowie die Hongkonger Vertretungen auf dem Festland zu mobilisieren, damit sie Unternehmen auf dem Festland ermutigen, Hongkong als Ausgangspunkt für ihre Expansion ins Ausland zu nutzen. In der Grundsatzrede wurden auch die folgenden Ziele genannt: 1) Ermutigung von Unternehmen aus Festlandchina zur Einrichtung zentraler Konzernfinanzierungsstellen (Corporate Treasury Centres, CTC) und regionaler Hauptsitze in Hongkong, 2) Hilfestellung für Banken aus Festlandchina bei der Expansion in Märkte wie Südostasien und den Nahen Osten, 3) Nutzung der Hongkonger Messebranche als ideale Plattform für Marken vom chinesischen Festland, um global Fuß zu fassen, 4) Entwicklung von CO<sub>2</sub>-Bilanzierungsdiensten zur Unterstützung von Unternehmen, die eine Expansion in globale Märkte planen, bei der Erfüllung internationaler Anforderungen und 5) Mobilisierung der juristischen Dienste Hongkongs zur Unterstützung der Expansion von Unternehmen aus Festlandchina.

Die Beschleunigung der Entwicklung der **Northern Metropolis** (mit einer geplanten Landfläche und einer geplanten Bevölkerungsaufnahme von etwa einem Drittel der Fläche bzw. Bevölkerung Hongkongs) zum „neuen Motor für die wirtschaftliche Entwicklung Hongkongs“ wurde in der Grundsatzrede als eine der wichtigsten politischen Maßnahmen genannt. Die in der Grundsatzrede aufgeführten Initiativen zur Beschleunigung der Entwicklung und Förderung der Marktbeteiligung sind u. a. i) die Einführung eines vom Festland inspirierten Konzepts der „schrittweisen Entwicklung“, ii) die Senkung der Bodenprämie durch die Möglichkeit, diese in Raten und/oder auf der Grundlage der tatsächlichen bebauten Fläche (und nicht der maximalen Grundfläche) zu zahlen, und iii) die Veräußerung von Grund und Boden in großem Maßstab (eine erste große Veräußerung wurde im Dezember eingeleitet)<sup>26</sup>. Ein erklärtes Ziel besteht auch darin, durch die Integration von Bautechnologien, Materialien und Ausrüstung aus dem Festland und dem Ausland die Baukosten und Bauzeiten zu verringern. In der Grundsatzrede wurden auch vereinfachte Verfahren für die Gründung gesetzlich vorgeschriebener Industrieparkgesellschaften angekündigt (im Dezember wurde ein vollständig im Eigentum der Regierung stehendes Industrieparkunternehmen zur Entwicklung des Industrieparks Hung Shui Kiu in der Northern Metropolis gegründet)<sup>27</sup>. Die Verbesserung der Governance war ebenfalls ein erklärtes Ziel, und es wurde ein Entwicklungsausschuss für die Northern Metropolis unter dem Vorsitz des Regierungschefs eingerichtet, der am 29. September zum ersten Mal zusammentrat. Im Rahmen des Ausschusses wurden drei Arbeitsgruppen unter dem Vorsitz des Sekretärs für Finanzen, des leitenden Sekretärs für Verwaltung und des stellvertretenden Finanzsekretärs eingesetzt. Die Arbeitsgruppe für die Zusammenarbeit bei der Entwicklungsstrategie für die Northern Metropolis, der die Behörden von Hongkong und Shenzhen angehören, hielt im Laufe des Jahres ihre sechste und siebte Sitzung ab.

<sup>25</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong:  
<https://www.info.gov.hk/gia/general/202510/06/P2025100600200.htm>.

<sup>26</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong  
<https://www.info.gov.hk/gia/general/202512/29/P2025122900705.htm>.

<sup>27</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong:  
[https://www.news.gov.hk/eng/2025/12/20251229/20251229\\_145136\\_027.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/12/20251229/20251229_145136_027.html).

Im Laufe des Jahres wurde die Entwicklung der Northern Metropolis fortgesetzt. Die Regierung veröffentlichte Aufforderungen zur Interessenbekundung, unter anderem für den Schienenverkehr, den Ökotourismus und die Veräußerung von Grund und Boden in großem Maßstab. Die Northern Metropolis spielt bei der Regierungsstrategie zur Stärkung Hongkongs als internationales Innovations- und Technologiezentrum eine wichtige Rolle. Die Regierung hat in der San Tin Technopole – einer neuen I&T-Zone in der Northern Metropolis – eine erste Tranche von Grundstücken zurückerworben<sup>28</sup> (d. h., die Regierung hat gemäß der Verordnung über den Rückerwerb von Grundstücken das Eigentumsrecht an Grundstücken von privaten Eigentümern zurückerworben), und es wurde ein Entwicklungsplan für den Technologiepark veröffentlicht<sup>29</sup>. Im Cluster „Sandy Ridge Data Facility“ wurde eine offene Ausschreibung (für Rechenanlagen, Daten, künstliche Intelligenz und digitale Industrien) veröffentlicht<sup>30</sup>. Der Bau der ersten drei Gebäude des Hongkonger Parks – der Teil der Kooperationszone für wissenschaftliche und technologische Innovation Shenzhen-Hongkong ist – auf beiden Seiten des Flusses Shenzhen wurde abgeschlossen, und der Regierungschef nahm die offizielle Eröffnung des Parks am 22. Dezember vor<sup>31</sup>. Als Teil der Northern Metropolis soll auch eine Universitätsstadt gebaut werden.

In Hongkong tätige EU-Unternehmen aus den Wirtschaftszweigen Bau, Ingenieurwesen und Infrastruktur sind der Ansicht, dass die Entwicklung der Northern Metropolis Geschäftsmöglichkeiten eröffnen wird, berichten aber auch über einen verstärkten Wettbewerb chinesischer Unternehmen in diesen Bereichen.

Zur Stärkung der Rolle der Sonderverwaltungsregion als **internationales Handelszentrum** in einem sich wandelnden geopolitischen Umfeld wurde in der Grundsatzrede angekündigt, dass Hongkong anstreben wird, seine Netze von Handels- und Investitionsabkommen auszubauen und neue Wirtschafts- und Handelsbüros zu eröffnen. Der digitale Handel wird weiter gefördert, um die Kosten zu senken und die Effizienz zu fördern, auch in Bezug auf den elektronischen Handel, die Handelsfinanzierung und den Zugang von KMU zu Darlehen. Dies umfasst auch Pläne für den weiteren Ausbau der zentralen Anlaufstelle Hongkongs für den Handel (für die digitale Einreichung von Handelsdokumenten) und für die Verknüpfung mit den zentralen Anlaufstellen Festlandchinas und des Verbands südostasiatischer Nationen (ASEAN). Im Dezember veröffentlichte die Regierung eine Branchenkonsultation für Gesetzesänderungen zur Digitalisierung von Handelsdokumenten zwischen Unternehmen<sup>32</sup>.

Hongkong ist seinem Ziel, sich zu einem **Zentrum für den Rohstoffhandel und die Lagerung von Rohstoffen** zu entwickeln, näher gekommen. Die in der politischen Grundsatzrede angekündigten Ziele bestehen darin, die Goldlagerkapazität auf über 2 000 Tonnen zu erhöhen, den Goldhandel, das Clearing und das Risikomanagement auszubauen, Steuervergünstigungen für Rohstoffhändler zu gewähren und die Beziehungen zu den Rohstoffmärkten auf dem Festland zu vertiefen. Im Laufe des Jahres genehmigte die

---

<sup>28</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

[https://www.news.gov.hk/eng/2025/07/20250710/20250710\\_174216\\_088.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/07/20250710/20250710_174216_088.html).

<sup>29</sup> Conceptual Outline of the Development Plan for the Innovation and Technology Industry in the San Tin Technopole  
<https://www.info.gov.hk/gia/general/202511/20/P2025112000367.htm>.

<sup>30</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong  
<https://www.info.gov.hk/gia/general/202510/10/P2025100900761.htm>.

<sup>31</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong  
[https://www.news.gov.hk/eng/2025/12/20251222/20251222\\_195653\\_282.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/12/20251222/20251222_195653_282.html).

<sup>32</sup> Website der HKEX:

[https://www.hkex.com.hk/News/News-Release/2025/251222news?sc\\_lang=en](https://www.hkex.com.hk/News/News-Release/2025/251222news?sc_lang=en).

London Metal Exchange – die sich zu 100 % im Besitz der Hongkonger Börse befindet – mehrere Rohstofflager in Hongkong (wodurch sich deren Gesamtzahl im Dezember auf 13 erhöhte) als Teil ihres globalen Lagernetzes<sup>33</sup>. Im Laufe des Jahres unterzeichneten Hongkong und Shenzhen eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit beim Goldhandel, die Goldbörse Shanghai nahm ihren ersten Offshore-Tresor in Hongkong in Betrieb, und es wurde ein zentrales Clearingsystem für Gold in Hongkong angekündigt (das 2026 den Betrieb aufnehmen soll)<sup>34</sup>. Der strategische Ausschuss für Rohstoffe unter dem Vorsitz des Sekretärs für Finanzen trat im Dezember zu seiner ersten Sitzung zusammen<sup>35</sup>.

Der politischen Grundsatzrede zufolge machen Schiffe, die im Eigentum von Hongkonger Reedern stehen, von diesen verwaltet oder betrieben werden, fast 10 % der Tonnage der weltweiten Handelsflotte aus. Um **Hongkong** angesichts des rückläufigen Frachtaufkommens im Hafen von Hongkong **als Schifffahrtszentrum** zu stärken, wurde in der Grundsatzrede die Fortsetzung der Politik zur Entwicklung von Seeverkehrsdiensten mit hoher Wertschöpfung (z. B. Schiffsmanagement und -leasing, Seeverversicherung, Seerecht und Schiedsverfahren) angekündigt. Ferner wurde angekündigt, dass das im Laufe des Jahres entwickelte Hafengemeinschaftssystem<sup>36</sup> Anfang 2026 den Betrieb aufnehmen werde, um die Digitalisierung, intelligente Hafendienste und die sektorübergreifende Interkonnektivität zu fördern. Die Regierung strebt auch den Ausbau verkehrsträgerübergreifender Verbindungen zum Festland (Schiene, See, Land und Fluss) an. Im Hinblick auf internationale Verbindungen kündigte der Regierungschef im November die Einrichtung von „Hafenpartnerschaften“ mit zwei Häfen auf dem chinesischen Festland und mit dem Hafen von San Antonio in Chile an<sup>37</sup>.

Hongkong plant auch, sich zu einem **Zentrum für umweltfreundliche Schifffahrt und umweltfreundliches Bunkern von Schiffskraftstoffen** zu entwickeln. In der politischen Grundsatzrede werden hierzu mehrere Initiativen erwähnt, z. B. i) die Entwicklung eines grünen Schifffahrtsskorridors, ii) die Verpflichtung zum Einbau von Massendurchflussmessern in Schiffen, iii) eine Machbarkeitsstudie zum Bunkern von grünem Ammoniak und Wasserstoff, und iv) die Erleichterung des Handels mit umweltfreundlichen Schiffskraftstoffen, auch von Festlandchina aus. Im Laufe des Jahres traten Rechtsvorschriften für die sichere Verwendung umweltfreundlicher Schiffskraftstoffe in Kraft<sup>38</sup>; es wurde ein Verhaltenskodex für das Bunkern alternativer Kraftstoffe herausgegeben<sup>39</sup> und ein Anreizsystem für das Bunkern umweltfreundlicher Schiffskraftstoffe<sup>40</sup> eingeführt. Die Industrie wurde aufgefordert, auf eine Interessenbekundung für die Entwicklung von Anlagen zur Lagerung umweltfreundlicher Schiffskraftstoffe zu antworten<sup>41</sup>. Ferner wurde eine Abgabenbefreiung für

---

<sup>33</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong <https://www.info.gov.hk/gia/general/202509/22/P2025092200492.htm>.

<sup>34</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong <https://www.info.gov.hk/gia/general/202512/22/P2025122200457.htm>.

<sup>35</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong <https://www.info.gov.hk/gia/general/202512/22/P2025122200602.htm>.

<sup>36</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong [https://www.news.gov.hk/eng/2025/05/20250516/20250516\\_192111\\_708.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/05/20250516/20250516_192111_708.html).

<sup>37</sup> Rede des Regierungschefs auf der Asian Logistics, Maritime and Aviation Conference 2025 <https://www.info.gov.hk/gia/general/202511/17/P2025111700478.htm>.

<sup>38</sup> Mitteilung der Schifffahrtsbehörde an den Legislativrat <https://www.legco.gov.hk/yr2025/english/panels/edev/papers/edev20250304cb3-257-2-e.pdf>.

<sup>39</sup> Code of Practice - Safety and Operational Guidelines for Bunkering of Alternative Fuels, herausgegeben von der Schifffahrtsbehörde der Sonderverwaltungsregion.

[https://www.mardep.gov.hk/filemanager/en/share/pub-services/pdf/lvs\\_copbun.pdf](https://www.mardep.gov.hk/filemanager/en/share/pub-services/pdf/lvs_copbun.pdf).

<sup>40</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong <https://www.info.gov.hk/gia/general/202506/30/P2025063000367.htm>.

<sup>41</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong <https://www.info.gov.hk/gia/general/202509/25/P2025092500691.htm>.

Methylalkohol zur Verwendung als Schiffskraftstoff eingeführt<sup>42</sup>. Zur Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen den Interessenträgern der Industrie wurde eine Kommunikationsplattform für die Entwicklung umweltfreundlicher Schiffskraftstoffe eingerichtet<sup>43</sup>.

Im Jahr 2025 war der Flughafen Hongkong der weltweit verkehrsreichste Frachtflughafen, und der Regierungschef kündigte Pläne für den weiteren Ausbau von **Hongkong als internationales Luftverkehrsdrehkreuz** an. Die Ziele bestehen darin, i) auf der Grundlage der 2024 eröffneten dritten Start- und Landebahn die Fluggastzahlen und den Frachtdurchsatz am internationalen Flughafen Hongkong (HKIA) zu erhöhen, ii) das verkehrsträgerübergreifende Verkehrsnetz mit der Greater Bay Area (GBA) zu stärken und iii) die „Airport City“ (Handel, Ausstellungen und Kongresse, Kultur- und Freizeitaktivitäten auf dem HKIA) auszubauen. Im Dezember kündigte der Sekretär für Verkehr und Logistik Vereinbarungen über bilaterale Luftverkehrsabkommen mit sieben Ländern, darunter einem EU-Mitgliedstaat, an<sup>44</sup>. Im Hinblick auf eine **nachhaltige Luftfahrt** verkündete die Regierung das Ziel, bis 2030 einen Anteil von 1 % bis 2 % an nachhaltigen Flugkraftstoffen für Flüge vom HKIA zu erreichen<sup>45</sup>. In der Grundsatzrede wurden Ziele für die Entwicklung einer Industriekette für nachhaltige Flugkraftstoffe vorgestellt, mit deren Hilfe örtliche Lieferanten dieser Kraftstoffe befähigt werden sollen, deren Herstellung in der Greater Bay Area zu steigern, und mit deren Hilfe eine Mischanlage in Hongkong gebaut werden soll. Im Oktober kündigten Airbus und die wichtigste Fluggesellschaft Hongkongs, Cathay, eine gemeinsame Investition in die Entwicklung der Herstellung nachhaltiger Flugkraftstoffe an<sup>46</sup>.

Im Jahr 2025 war Hongkong der weltweit führende Ort für Börsengänge. Um Hongkong als **internationales Finanzzentrum** zu stärken, werden in der Grundsatzrede Ziele zur **Vertiefung des Aktienmarkts Hongkongs** bekannt gegeben, darunter die Optimierung der Börsenzulassungsvorschriften zur Förderung von Börsengängen, unter anderem für Technologie- und Biotechnologieunternehmen, sowie von Zweitnotierungen chinesischer Unternehmen, die bereits an anderen Märkten notiert sind. Im Laufe des Jahres wurde ein „Technology Enterprises Channel“ eingerichtet, der Börsenzulassungsanträge für spezialisierte Technologie- und Biotech-Unternehmen<sup>47</sup> erleichtert, und die Hongkonger Börse (HKEX) führte geänderte Zulassungsvorschriften (die mehr Flexibilität hinsichtlich des Streubesitzes bieten und am 1. Januar 2026 in Kraft treten) sowie neue Indizes (Hang Seng Biotech Index Futures und HKEX Tech 100 Index) ein. Zu den Initiativen zur **Stärkung des Hongkonger Anleihemarkts** gehören die Entwicklung der Finanzinfrastruktur, der Aufbau von Auslandsbeziehungen (in der Grundsatzrede werden die Schweiz und die Vereinigten Arabischen Emirate erwähnt), die Förderung der Nutzung chinesischer Offshore-Staatsanleihen als Sicherheiten, die Einführung chinesischer Terminkontrakte auf Offshore-Staatsanleihen und die Prüfung der Einführung grenzüberschreitender RMB-Repo-Geschäfte. Im September legten die Kommission für Wertpapiere und Terminkontrakte (Securities and Futures Commission, SFC) und die Währungsbehörde Hongkongs (Hongkong Monetary

---

<sup>42</sup> Änderung der Verordnungen über zollpflichtige Waren [https://www.elegislation.gov.hk/hk/cap109A?xpid=ID\\_1438402566727\\_003](https://www.elegislation.gov.hk/hk/cap109A?xpid=ID_1438402566727_003).

<sup>43</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong <https://www.info.gov.hk/gia/general/202511/19/P2025111900627.htm>.

<sup>44</sup> Rede von Mable Chan, Sekretärin für Verkehr und Logistik <https://www.tlb.gov.hk/eng/psp/speeches/transport/2025/20251209a.html>.

<sup>45</sup> Mitteilung des Büros für Verkehr und Logistik an den Legislativrat <https://www.legco.gov.hk/yr2025/english/panels/edev/papers/edev20250929cb3-1331-2-e.pdf>.

<sup>46</sup> Pressemitteilung von Airbus <https://www.airbus.com/en/newsroom/press-releases/2025-10-airbus-and-cathay-form-co-investment-partnership-for-scaling>.

<sup>47</sup> Pressemitteilung der HKEX [https://www.hkex.com.hk/News/Regulatory-Announcements/2025/250506news?sc\\_lang=en](https://www.hkex.com.hk/News/Regulatory-Announcements/2025/250506news?sc_lang=en).

Authority, HKMA) einen Fahrplan für die Entwicklung Hongkongs zu einem globalen Zentrum für festverzinsliche Wertpapiere und Devisen vor<sup>48</sup>. Um Hongkongs Rolle als weltweit größten **Offshore-Standort für das Renminbi-Geschäft** zu stärken, wurde eine neue RMB-Unternehmensfazilität eingerichtet (die Banken und Unternehmen höhere Kontingente für Finanzierungen in RMB bietet)<sup>49</sup>; in der Grundsatzrede wurde ferner die Emission weiterer RMB-Anleihen angekündigt und eine Begleichung der Staatsausgaben in RMB in Erwägung gezogen. Die Regierung verfolgte das Ziel, eine höhere Zahl von Versicherungsprodukten zu fördern und die Vermögensverwaltung voranzubringen – einschließlich der Verbesserung der Steuervergünstigungsregelungen, um auf diese Weise mehr Finanzmittel anzuziehen. Weitere Ziele waren die Straffung des Zulassungsverfahrens für Immobilieninvestment-Trusts (REIT)<sup>50</sup> und Investitionen (direkt oder über Koinvestitionen) in lokale Fonds für privates Beteiligungskapital und in Hedge-Fonds. Im Laufe des Jahres eröffnete die HKEX eine neue Tochtergesellschaft in Dubai, ein neues Büro in Riad, nahm die thailändische Börse als anerkannte Börse auf und unterzeichnete eine Absichtserklärung mit der Wertpapierbörse Abu Dhabis (Abu Dhabi Securities Exchange)<sup>51</sup>. Im September unterzeichneten Hongkong und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) eine Absichtserklärung über die Ausweitung des grenzüberschreitenden Marktzugangs für Publikumsfonds im Rahmen einer Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Fonds<sup>52</sup>.

In der Grundsatzrede wurde angekündigt, dass die Regierung weiterhin die Entwicklung von **FinTech- und virtuellen Vermögenswerten** (Virtual Assets, VA) unterstützen wird. Die SFC veröffentlichte einen Regulierungsfahrplan für den VA-Markt Hongkongs<sup>53</sup> und kündigte eine Lockerung der Vorschriften für lokal zugelassene VA-Handelsplattformen an (um kombinierte Aufträge mit ausländischen Plattformen und eine Lockerung des Vertriebs an professionelle Anleger zu ermöglichen)<sup>54</sup>. Im Mai wurde ein Gesetz über Stablecoin verabschiedet, um ein Lizenzsystem für Emittenten Fiat-besicherter Stablecoins<sup>55</sup> einzuführen (bis Ende 2025 waren noch keine Lizenzen erteilt worden)<sup>56</sup>. Die Regierung veröffentlichte ihre Grundsatzrede 2.0 zur Entwicklung digitaler Vermögenswerte<sup>57</sup>. Es wurden Konsultationen zu Legislativvorschlägen zur Einführung von Lizenzierungsregelungen für Anbieter von VA-Handels- und Depotdienstleistungen sowie für Anbieter von Beratungs- und Managementdienstleistungen durchgeführt (mit dem Ziel, die Gesetzesentwürfe im Jahr 2026 einzubringen)<sup>58</sup>. Im Laufe des Jahres wurde eine Zahlungsverbindung eingerichtet, die das

---

<sup>48</sup> Pressemitteilung der HKMA

<https://www.hkma.gov.hk/eng/news-and-media/press-releases/2025/09/20250925-3/>.

<sup>49</sup> Website der HKMA:

<https://www.hkma.gov.hk/eng/key-functions/money/liquidity-facility-framework/rmb-liquidity-facility-and-primary-liquidity-providers/>.

<sup>50</sup> Pressemitteilung der SFC

<https://apps.sfc.hk/edistributionWeb/gateway/EN/news-and-announcements/news/doc?refNo=25PR164>.

<sup>51</sup> Website der HKEX

[https://www.hkex.com.hk/News/News-Release/2025/251222news?sc\\_lang=en](https://www.hkex.com.hk/News/News-Release/2025/251222news?sc_lang=en).

<sup>52</sup> Pressemitteilung der SFC

<https://apps.sfc.hk/edistributionWeb/gateway/EN/news-and-announcements/news/doc?refNo=25PR149>.

<sup>53</sup> Regulierungsfahrplan der SFC für den Markt für virtuelle Vermögenswerte in Hongkong

<https://www.sfc.hk/-/media/EN/files/ER/ASPIRe/ASPIRe-roadmap-for-Hong-Kongs-virtual-asset-market-Eng.pdf>.

<sup>54</sup> Pressemitteilung der SFC <https://apps.sfc.hk/edistributionWeb/gateway/EN/news-and-announcements/news/corporate-news/doc?refNo=25PR182>.

<sup>55</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

[https://www.news.gov.hk/eng/2025/05/20250521/20250521\\_170205\\_430.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/05/20250521/20250521_170205_430.html).

<sup>56</sup> Website der HKMA

<https://www.hkma.gov.hk/eng/regulatory-resources/registers/register-of-licensed-stablecoin-issuers/>.

<sup>57</sup> Grundsatzrede 2.0 zur Entwicklung digitaler Vermögenswerte in Hongkong

[https://gia.info.gov.hk/general/202506/26/P2025062600269\\_500089\\_1\\_1750909574183.pdf](https://gia.info.gov.hk/general/202506/26/P2025062600269_500089_1_1750909574183.pdf).

<sup>58</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

Internetbanking-Zahlungssystem des Festlands mit dem schnelleren Zahlungssystem Hongkongs verbindet<sup>59</sup>. Im November veröffentlichte die HKMA ihre Fintech-Strategie 2030, die folgende Themen umfasst: Daten- und Zahlungsinfrastruktur, künstliche Intelligenz, Tokenisierung und digitales Finanzwesen<sup>60</sup>. Im Laufe des Jahres schloss die HKMA Phase 2 ihres Pilotprogramms für den digitalen Hongkong-Dollar (e-HKD) ab und kündigte an, dass sie in naher Zukunft den Schwerpunkt auf die Einführung des e-HKD im Großkundenzahlungsverkehr (auch für grenzüberschreitende Zahlungen) legen und gleichzeitig weiterhin die Grundlage für die mögliche künftige Nutzung eines e-HKD für Personen und Unternehmen schaffen werde<sup>61</sup>.

In Bezug auf das **grüne Finanzwesen** werden in der Grundsatzrede Maßnahmen zur Entwicklung eines CO<sub>2</sub>-Marktes innerhalb der Greater Bay Area (GBA) angekündigt, unter anderem durch i) den Ausbau von „Core Climate“ (dem CO<sub>2</sub>-Marktplatz der HKEX, auf dem laut Analysten nur in begrenztem Umfang gehandelt wird), ii) die Ausarbeitung freiwilliger Standards für CO<sub>2</sub>-Gutschriften, iii) die Entwicklung von CO<sub>2</sub>-Bilanzierungsdiensten und des Handels mit CO<sub>2</sub>-Emissionsreduktionen. Ein weiteres Ziel besteht darin, Unternehmen (einschließlich chinesischer Unternehmen), die Hongkong für die Ausweitung ihrer Tätigkeit auf globale Märkte nutzen, bei der Erfüllung der internationalen CO<sub>2</sub>-Emissionsanforderungen zu unterstützen. Im September wurde zwischen der HKEX und Börsen in der GBA eine Absichtserklärung über die Entwicklung von CO<sub>2</sub>-Märkten und dem grünem Finanzwesen unterzeichnet<sup>62</sup>. Im September veröffentlichte die HKMA eine Mustervereinbarung zur Erweiterung der Hongkonger Taxonomie für ein nachhaltiges Finanzwesen (die 2024 eingeführt wurde)<sup>63</sup>. Mit der Mustervereinbarung werden zwei neue Branchen (Verarbeitendes Gewerbe und IKT), Kriterien für Übergangstätigkeiten sowie die Kategorie „Anpassung an den Klimawandel“ hinzugefügt, und es wird auf die EU-Taxonomie und EU-Standards Bezug genommen. Im Laufe des Jahres emittierte die Regierung im Rahmen des 2018 aufgelegten staatlichen Programms für nachhaltige Anleihen weiterhin grüne (auch auf Euro lautende) Anleihen und finanzierte Programme für ein nachhaltiges Finanzwesen<sup>64</sup>. Neue Vorschriften der HKEX, nach denen börsennotierte Unternehmen Informationen über klimabezogene Risiken offenlegen müssen, sind seit dem 1. Januar 2025 in Kraft und sollen schrittweise umgesetzt werden<sup>65</sup>.

Im Laufe des Jahres setzte die Regierung ihre Politik zur **Förderung Hongkongs als Innovations- und Technologiezentrum** fort. Hongkong rangierte im Globalen Innovationsindex 2025 der Weltorganisation für geistiges Eigentum (World Intellectual Property Organization, WIPO) weltweit an 15. Stelle (und in Asien an fünfter Stelle), und das

---

<https://www.info.gov.hk/gia/general/202512/24/P2025122400265.htm>.

<sup>59</sup> Pressemitteilung der HKMA

<https://www.hkma.gov.hk/eng/news-and-media/press-releases/2025/06/20250620-4/>.

<sup>60</sup> Pressemitteilung der HKMA

<https://www.hkma.gov.hk/eng/news-and-media/press-releases/2025/11/20251103-3/>.

<sup>61</sup> Pressemitteilung der HKMA

<https://www.hkma.gov.hk/eng/news-and-media/press-releases/2025/10/20251028-4/>.

<sup>62</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

[https://www.news.gov.hk/eng/2025/09/20250923/20250923\\_193938\\_385.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/09/20250923/20250923_193938_385.html).

<sup>63</sup> Pressemitteilung der HKMA

<https://www.hkma.gov.hk/eng/news-and-media/insight/2025/09/20250908/>.

<sup>64</sup> Darunter das Zuschussprogramm für ein grünes und nachhaltiges Finanzwesen, das Pilotprogramm zur Unterstützung des Aufbaus von Kapazitäten für ein grünes und nachhaltiges Finanzwesen und das Förderprogramm für den praktischen Machbarkeitsnachweis für umweltfreundliche und nachhaltige FinTech.

<sup>65</sup> Website der HKEX: [https://www.hkex.com.hk/Listing/Sustainability/ESG-Academy/ESG-in-Practice/Climate-Change?sc\\_lang=en](https://www.hkex.com.hk/Listing/Sustainability/ESG-Academy/ESG-in-Practice/Climate-Change?sc_lang=en).

Cluster Shenzhen-Hongkong-Guangzhou stand als Innovationscluster weltweit an erster Stelle<sup>66</sup>.

Zu den in der Grundsatzrede skizzierten Initiativen gehören i) die Anwerbung innovativer, hochwertiger Unternehmen durch eine vorteilhafte Grundstückspolitik, finanzielle Subventionen und steuerliche Anreize, ii) die Verbesserung des neuen Systems zur Beschleunigung der Industrialisierung, iii) die Unterstützung von KMU bei der Patentbewertung und iv) die Änderung der Urheberrechtsverordnung. In der Grundsatzrede wurde auch die Weiterentwicklung des **Wirtschaftszweigs der Bio- und Gesundheitstechnologie** hervorgehoben; dies umfasst die Anwerbung von mehr Pharmaunternehmen, die weitere Beschleunigung der Zulassung neuer Arzneimittel<sup>67</sup>, die Unterstützung von Unternehmen bei der Einführung innovativer Arzneimittel in Festlandchina und auf internationalen Märkten, die Standardisierung klinischer Daten innerhalb der GBA und die Förderung medizinischer Studien, einschließlich grenzüberschreitender Studien innerhalb der GBA (im Dezember wurde eine Plattform für die Zusammenarbeit bei klinischen Studien in der GBA ins Leben gerufen)<sup>68</sup>. In der Grundsatzrede wurde auch angekündigt, dass ein Hongkonger Zentrum für Medizinprodukte eingerichtet werden soll; außerdem wurde ein Legislativvorschlag zur Regulierung von Medizinprodukten vorgelegt. Im Dezember 2025 nahm das Krankenhaus für chinesische Medizin Hongkong (Chinese Medicine Hospital of Hong Kong) seinen Betrieb auf<sup>69</sup>, und es wurde ein Konzeptentwurf für die Entwicklung der chinesischen Medizin veröffentlicht, einschließlich Plänen zur Etablierung Hongkongs als Brückenkopf für die weltweite Expansion der chinesischen Medizin<sup>70</sup>.

Ein weiterer Bereich, der zur Unterstützung von Innovation und Technologie entwickelt werden soll, ist das Gebiet der **künstlichen Intelligenz (KI) und der Datenwissenschaft**. Die Rechtsvorschriften sollen im Hinblick auf die Förderung eines breiteren Einsatzes von KI überprüft werden. KI soll auch dazu eingesetzt werden, die Effizienz der Regierung sowie der Wirtschaftszweige Finanzdienstleistungen und Baugewerbe zu steigern. Die Regierung kündigte die Einrichtung eines Instituts für KI-Forschung und -Entwicklung an<sup>71</sup>. Forschung und Innovation im Bereich KI sollen durch ein Programm zur Unterstützung der Pioniertechnologieforschung (das im September 2025 auf den Weg gebracht wurde) weiter gefördert werden<sup>72</sup>, und zwar durch das Forschungsprogramm InnoHK und ein KI-Supercomputerzentrum (das im Dezember 2024 ins Leben gerufen wurde). Die Regierung nahm über die Hongkong Investment Corporation Limited auch Direktinvestitionen in KI-Unternehmen vor. Mechanismen für den grenzüberschreitenden Fluss von Daten aus Festlandchina zum Hongkong-Park werden nach Angaben der Regierung ebenfalls die Markteinführung von KI unterstützen. Hongkong entwickelt darüber hinaus die **Low-Altitude Economy und die Luft- und Raumfahrtstechnologie** durch Reallabor-Pilotprojekte, Finanzierungen, die Änderung von Rechtsvorschriften und die Ausrichtung von

---

<sup>66</sup> Globaler Innovationsindex (GII) 2025 der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO)

<https://www.wipo.int/web-publications/global-innovation-index-2025/en/index.html>.

<sup>67</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

<https://www.info.gov.hk/gia/general/202510/31/P2025103100638.htm>.

<sup>68</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

<https://www.info.gov.hk/gia/general/202512/22/P2025122200201.htm>.

<sup>69</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

[https://www.news.gov.hk/eng/2025/12/20251210/20251210\\_144222\\_520.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/12/20251210/20251210_144222_520.html).

<sup>70</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

<https://www.info.gov.hk/gia/general/202512/18/P2025121800500.htm>.

<sup>71</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

<https://www.info.gov.hk/gia/general/202510/15/P2025101500264.htm>.

<sup>72</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

<https://www.info.gov.hk/gia/general/202509/26/P2025092500877.htm>.

Veranstaltungen<sup>73</sup>. In der Grundsatzrede wurde angekündigt, dass ein Aktionsplan für die Low-Altitude Economy vorgelegt wird; ferner gab ein Amtsträger Hongkongs im Dezember das Ziel bekannt, in zwei bis drei Jahren Passagierdrohnen zu starten<sup>74</sup>.

Um Hongkong als **Zentrum für Rechtsdienstleistungen und Streitbeilegung** zu stärken, wurde in der Grundsatzrede eine Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Mediation (IOMed) angekündigt, die im Laufe des Jahres in Hongkong gegründet wurde und dort ihren Sitz hat (einschließlich des Baus des Gebäudes des internationalen Juristischen Dienstes Hongkong direkt neben dem IOMed-Gebäude). Die Regierung wird auch die Akkreditierung für den Mediationsberuf stärken und prüfen, ob die Schiedsverordnung geändert werden muss. Im Dezember 2025 gab die Regierung bekannt, dass das Internationale Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts (International Institute for the Unification of Private Law, UNIDROIT) mit Sitz in Rom beschloss, sein Verbindungsbüro für den asiatisch-pazifischen Raum in Hongkong einzurichten<sup>75</sup>.

Die **Kultur-, Sport- und Tourismusbranchen** werden weiter gefördert, unter anderem durch die Ausrichtung großer Veranstaltungen, die Entwicklung des kulturellen Austauschs und die Konsolidierung der Stellung Hongkongs als Kunsthandelszentrum. Die Regierung ist bestrebt, neue Besucher, unter anderem aus dem Nahen Osten und den ASEAN-Staaten, anzuziehen, um eine „Jachtwirtschaft“ zu entwickeln und den Kreuzfahrttourismus auszubauen. Der Sportpark Kai Tak – ein großes Stadion – wurde im Laufe des Jahres eröffnet.

Die Regierung will auch **lokale Talente weiter fördern und Talente aus Festlandchina und dem Ausland gewinnen**. Hongkong soll weiter zu einem internationalen Bildungs- und Forschungszentrum ausgebaut werden, unter anderem durch die Anwerbung von Forschern, Lehrkräften und Studierenden sowie die Förderung der Mobilität von Talenten, des Austauschs im Bildungsbereich und der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Industrie. Im Jahr 2025 waren fünf Universitäten aus Honkong unter den 100 besten Universitäten der Welt vertreten. Die Regierung wird auch den Aufbau internationaler Schulen unterstützen und die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen unterhalb des Hochschulabschlusses zwischen Hongkong und dem Festland weiterhin prüfen.

In der Grundsatzrede wurden Initiativen angekündigt, mit denen **kleine und mittlere Unternehmen (KMU)** durch finanzielle Förderung, Hilfestellung bei ihrer digitalen Transformation und Unterstützung bei der Erschließung von ausländischen Märkten **gefördert werden** sollen. Ferner sind Maßnahmen geplant, um die **Wohnsituation zu verbessern**; dies umfasst Ziele für den Bau von 189 000 Sozialwohnungen, die Verkürzung der Wartezeit für subventionierte Mietwohnungen auf 4,5 Jahre und die Erhöhung des Angebots an privatem Wohnraum – zusammen mit einer besseren Regulierung für die 110 000 unterteilten Wohneinheiten der Stadt. Die Grundsatzrede umfasst auch Initiativen zur Bewältigung der

---

<sup>73</sup> Pressemitteilungen der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong  
[https://www.news.gov.hk/eng/2025/03/20250320/20250320\\_141320\\_260.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/03/20250320/20250320_141320_260.html),  
[https://www.news.gov.hk/eng/2025/08/20250825/20250825\\_171443\\_511.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/08/20250825/20250825_171443_511.html),  
[https://www.news.gov.hk/eng/2025/10/20251027/20251027\\_111022\\_326.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/10/20251027/20251027_111022_326.html),  
[https://www.news.gov.hk/eng/2025/07/20250717/20250717\\_173355\\_831.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/07/20250717/20250717_173355_831.html),  
[https://www.news.gov.hk/eng/2025/10/20251009/20251009\\_174638\\_112.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/10/20251009/20251009_174638_112.html).

<sup>74</sup> Artikel der South China Morning Post  
<https://www.scmp.com/news/hong-kong/hong-kong-economy/article/3336372/hong-kong-aims-launch-passenger-carrying-drones-2-3-years>.

<sup>75</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong  
[https://www.news.gov.hk/eng/2025/12/20251224/20251224\\_103202\\_383.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/12/20251224/20251224_103202_383.html).

Herausforderungen im Zusammenhang mit der **alternden Bevölkerung** Hongkongs und zur **Förderung der Fruchtbarkeit**.

In Bezug auf die **Umwelt- und Klimapolitik** wurde in der Grundsatzrede das Ziel Hongkongs bekräftigt, bis 2050 CO<sub>2</sub>-Neutralität zu erreichen. Folgende Initiativen und politische Maßnahmen wurden angekündigt: die Entwicklung grüner Mobilität und Energie, einschließlich der Entwicklung von Produktionsketten für nachhaltige Flugkraftstoffe und Mischanlagen, die weitere Förderung von Wasserstoff (in der Grundsatzrede wird auf 28 laufende Versuchsprojekte verwiesen), die Ausarbeitung von Zertifizierungsstandards für Wasserstoff und der Aufbau eines Wasserstoffkorridors in der GBA, die weitere Einführung von Schnellladestationen für Elektrofahrzeuge und der Bau der ersten groß angelegten Batterierecyclinganlage für Elektrofahrzeuge in Hongkong sowie der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (einschließlich U-Bahn). Im Laufe des Jahres wurde eine neue Anlage zur energetischen Verwertung von Abfällen gebaut. Die Regierung kündigte an, dass sie ein Schulungszentrum für nachhaltige grüne Entwicklung einrichten wird, das Schulungen für Länder entlang der Neuen Seidenstraße anbietet. Am 31. Dezember veröffentlichte die Regierung die Biodiversitätsstrategie und den Aktionsplan Biodiversität 2035 für Hongkong<sup>76</sup>.

## Handelspolitik

Hongkong verfügt über **neun Freihandelsabkommen**; dabei handelt es sich um die Abkommen mit Festlandchina (das China Economic Partnership Agreement bzw. CEPA von Juni 2003, das später erweitert wurde), Neuseeland (März 2010), den EFTA-Mitgliedstaaten (Europäische Freihandelsassoziation) (Juni 2011), Chile (September 2012), Macau (Oktober 2017), dem ASEAN (November 2017), Georgien (Juni 2018), Australien (März 2019) und Peru (November 2024).

Ende 2025 verzeichnete Hongkong **23 Investitionsförderungs- und Investitionsschutzabkommen** (Investment Promotion and Protection Agreements, IPAs) mit ausländischen Volkswirtschaften (darunter zehn EU-Mitgliedstaaten). Das jüngste dieser Abkommen wurde 2024 mit Bahrain unterzeichnet und trat im März 2025 in Kraft. Im Jahr 2023 wurde ein Investitionsförderungs- und Investitionsschutzabkommen mit der Türkei unterzeichnet, dessen Inkrafttreten Ende 2025 jedoch noch ausstand. Die Verhandlungen über Investitionsförderungs- und Investitionsschutzabkommen mit den Malediven und Myanmar wurden abgeschlossen, die Unterzeichnung steht noch aus. Auf der Website des Handels- und Industrieministeriums Hongkongs werden ferner IPPA mit Bangladesch, Ägypten, Peru, Katar, Russland und Saudi-Arabien aufgeführt, die Gegenstand von Konsultationen/Verhandlungen sind.

Hongkong und Jordanien unterzeichneten im September 2025 ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, während Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung mit Armenien im April 2025 und mit Bahrain im März 2025 in Kraft traten.

In seiner Grundsatzrede sagte der Regierungschef, dass sich Hongkong weiterhin um einen baldigen Beitritt zur **Umfassenden Regionalen Wirtschaftspartnerschaft** (Regional Comprehensive Economic Partnership), der 15 Länder im asiatisch-pazifischen Raum angehören, bemühen werde. Hongkong reichte sein Beitrittsge such am Anfang des Jahres 2022 ein, war aber bis Ende 2025 noch nicht Mitglied der Partnerschaft.

---

<sup>76</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong  
[https://www.news.gov.hk/eng/2025/12/20251231/20251231\\_123058\\_774.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/12/20251231/20251231_123058_774.html).

Hongkong betreibt **15 Außenhandels- und Wirtschaftsbüros** im Ausland, und zwar in Berlin, Brüssel, Genf, London, Bangkok, Jakarta, Kuala Lumpur, Singapur, Sydney, Tokio, Dubai, New York, San Francisco, Toronto und Washington DC. Das Außenhandels- und Wirtschaftsbüro in Kuala Lumpur nahm seine Tätigkeit im Dezember 2025 auf. In der Grundsatzrede gab der Regierungschef bekannt, dass Hongkong anstrebe, weitere Außenhandels- und Wirtschaftsbüros in Lateinamerika und Zentralasien zu eröffnen.

### **Wirtschaftliche Integration mit Festlandchina**

In der **Vereinbarung über eine engere wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Festlandchina und Hongkong** (Closer Economic Partnership Arrangement, CEPA) sind Zollfreiheit auf eingeführte Waren mit Ursprung in Hongkong, die nach Festlandchina ausgeführt werden (gemäß den CEPA-Ursprungsregeln), eine Vorzugsbehandlung für Dienstleister aus Hongkong in einer Reihe von Dienstleistungssektoren in Festlandchina sowie Investitionsschutzmaßnahmen vorgesehen.

Was die **finanzielle Integration und den gegenseitigen Zugang** betrifft, so haben Hongkong und Festlandchina mehrere Regelungen und Mechanismen eingeführt, um Hongkong eine beispiellose Anbindung an den chinesischen Kapitalmarkt zu ermöglichen und seine Rolle als Finanzzentrum zu stärken. Über das System „Stock Connect“ ist die Hongkonger Börse mit ihren Partnereinrichtungen in Shanghai und Shenzhen verbunden. Bei „Bond Connect“ handelt es sich um ein gegenseitiges Marktzugangssystem für die Anleihemärkte Hongkongs und Festlandchinas. Die Regelung für grenzüberschreitende Vermögensverwaltung (Cross-boundary Wealth Management Connect Scheme) in der Guangdong-Hong Kong-Macao Greater Bay Area ermöglicht infrage kommenden Einwohnern Festlandchinas, Hongkongs und Macaus, in Produkte zur Vermögensverwaltung auf dem Markt des jeweils anderen zu investieren. Swap Connect ist ein Programm für den gegenseitigen Zugang zum Markt für Derivate, das Investoren in Hongkong den Onshore-Handel und das Onshore-Clearing mit RMB-Zinsswaps ermöglicht, ohne dass sie ihre bestehenden Handels- und Abwicklungsabläufe ändern müssen. Im Laufe des Jahres wurden „Swap Connect“<sup>77</sup>, „Bond Connect“<sup>78</sup> und die Regelung für grenzüberschreitende Vermögensverwaltung<sup>79</sup> entwickelt. In seiner Grundsatzrede sagte der Regierungschef, dass die Regierung die Aufnahme einer RMB-Handelsstelle im Rahmen von Southbound Stock Connect vorantreiben werde. Im Juni starteten die HKMA und die People's Bank of China eine neue Transaktionsverbindung (Payment Connect). Im September kündigte die People's Bank of China (PBoC) ihre Unterstützung für eine weitere Vertiefung des gegenseitigen Zugangs zwischen den Finanzmärkten Festlandchinas und Hongkongs an<sup>80</sup>.

In Bezug auf die **Greater Bay Area (GBA)** erklärte der Regierungschef in der Grundsatzrede, dass Hongkong die für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit innerhalb der GBA weiterhin

---

<sup>77</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong  
[https://www.news.gov.hk/eng/2025/09/20250925/20250925\\_171614\\_881.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/09/20250925/20250925_171614_881.html).  
Pressemitteilung der HKMA

<https://www.hkma.gov.hk/eng/news-and-media/press-releases/2025/05/20250515-7/>.

<sup>78</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong  
<https://www.info.gov.hk/gia/general/202507/08/P2025070800606.htm>.

<sup>79</sup> Rundschreiben der SFC <https://apps.sfc.hk/edistributionWeb/gateway/EN/circular/intermediaries/supervision/doc?refNo=25EC60>.  
Rundschreiben der HKMA

<https://brdr.hkma.gov.hk/eng/doc-ldg/docId/getPdf/20250321-1-EN/20250321-1-EN.pdf>.

<sup>80</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong  
<https://www.info.gov.hk/gia/general/202509/25/P2025092501054.htm>.

proaktiv stärken werde, um den Personen-, Waren-, Daten- und Kapitalverkehr zu verbessern. Er gab bekannt, dass der Logistikpark des Internationalen Flughafens Hongkong (HKIA) in der Provinzstadt Guangdong in Dongguan, mit dem die Ausfuhr von Fracht aus dem Festland erleichtert werden soll, ausgebaut werden soll. Er hob ferner die grenzüberschreitende medizinische Zusammenarbeit, einschließlich der Unterstützung klinischer Studien<sup>81</sup> und der Standardisierung klinischer Daten, der Innovation und der Entwicklung von Industrieketten, hervor. Im Laufe des Jahres baute die Regierung Hongkongs die grenzüberschreitenden Eisenbahnverbindungen weiter aus<sup>82</sup>, erleichterte die Regelungen für den grenzüberschreitenden PKW-Verkehr weiter<sup>83</sup> und förderte die Beschäftigungsmobilität junger Menschen<sup>84</sup>. Im Bereich der Finanz- und Rechtsdienstleistungen werden in der Grundsatzrede Leitlinien für einen fortgeschrittenen grenzüberschreitenden Kreditdatenabgleich<sup>85</sup>, die Weiterentwicklung des Rohstoff- und CO<sub>2</sub>-Handels mit der GBA, die Verbesserung der Transaktionsverbindungen und die Förderung der Handelsschiedsgerichtsbarkeit in der GBA<sup>86</sup> angekündigt.

### **III. Die Beziehungen zwischen Hongkong und Festlandchina**

Das 20. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas hielt vom 20. bis 23. Oktober seine vierte Plenarsitzung ab. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Ausarbeitung des 15. Fünfjahresplans Chinas, der als Richtschnur für die Entwicklung des Landes von 2026 bis 2030 dienen wird. In den am 28. Oktober veröffentlichten „Empfehlungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas zur Ausarbeitung des 15. Fünfjahresplans für die nationale wirtschaftliche und soziale Entwicklung“ sagte die Partei ihre Unterstützung für den „langfristigen Wohlstand und die Stabilität Hongkongs und Macaus“ zu.

Am 23. Oktober betonte der Regierungschef Hongkongs: „Hongkong wird seine vorteilhafte Position im Entwicklungsplan des Landes ermitteln und in den Mittelpunkt stellen, sich proaktiv an den Kapiteln über Hongkong und Macao im 15. Fünfjahresplan ausrichten, die bedeutenden Chancen nutzen, die sich aus der Entwicklung des Landes ergeben, und seine eigenen einzigartigen Vorteile wirksam für die nationale Entwicklung einsetzen.“

Am 24. und 25. November besuchte eine Delegation – bestehend aus dem Präsidenten der chinesischen Akademie der Wissenschaften und dem stellvertretenden Direktor des Büros der Zentralkommission für Finanz- und Wirtschaftsfragen, der auch als stellvertretender Direktor des Büros der zentralen Führungsgruppe für ländliche Angelegenheiten der Kommunistischen Partei Chinas fungiert – Hongkong, um den 15. Fünfjahresplan und seine Auswirkungen auf Hongkong zu erörtern.

Der Direktor des Hong Kong and Macao Work Office im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas und des Staatsrats der Volksrepublik China stattete Hongkong vom 18. Juni bis

---

<sup>81</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

<https://www.info.gov.hk/gia/general/202512/22/P2025122200201.htm>.

<sup>82</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

<https://www.info.gov.hk/gia/general/202510/31/P2025103100322.htm>.

<sup>83</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

[https://www.news.gov.hk/eng/2025/10/20251031/20251031\\_123417\\_912.html](https://www.news.gov.hk/eng/2025/10/20251031/20251031_123417_912.html).

<sup>84</sup> <https://www.youth.gov.hk/en/career-study/stories/194716ec-9c49-4b6e-93f7-705eeb736e55>.

<sup>85</sup> Rundschreiben der HKMA

<https://brdr.hkma.gov.hk/eng/doc-ldg/docId/getPdf/20251009-2-EN/20251009-2-EN.pdf>.

<sup>86</sup> Pressemitteilung der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong

<https://www.info.gov.hk/gia/general/202512/09/P2025120900687p.htm>.

zum 22. Juni einen Besuch ab. Im Mittelpunkt stand dabei die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, insbesondere das Projekt Northern Metropolis. Darüber hinaus hielt der Direktor am 21. Juni in einem Forum zur Feier des fünften Jahrestags des Gesetzes über die nationale Sicherheit eine Rede, in der er betonte, wie wichtig kontinuierliche Anstrengungen zum Schutz der nationalen Sicherheit sind.

Unter Bezugnahme auf die Worte des Direktors warnte der Regierungschef Hongkongs am 24. Juni, dass es nach wie vor „sanften Widerstand“ gebe. Im Rahmen eines ressortübergreifenden Ansatzes folgten alle 18 Sekretäre und sieben Leiter der Ordnungskräfte – darunter Polizei, Zoll und Feuerwehr – diesem Beispiel und hoben in Interviews in den Medien und Beiträgen in den sozialen Medien ihre Anstrengungen für den Schutz der nationalen Sicherheit öffentlich hervor.

Vom 8. bis 10. Februar besuchte der Direktor des Hong Kong and Macao Work Office die benachbarte chinesische Stadt Shenzhen. Am 9. Februar veranstaltete der Direktor mit Amtsträgern Hongkongs eine Konferenz über die weitere Integration der GBA.

Am 11. Februar betonte Eric Chan, der damalige geschäftsführende Regierungschef Hongkongs, dass der Direktor „sehr klare Anweisungen“ dazu gegeben habe, wie Hongkong im Hinblick auf wirtschaftliche und finanzielle Entwicklungen mit den nationalen Strategien in Einklang gebracht werden sollte, insbesondere dazu, wie man die Integration mit Festlandchina „so schnell wie möglich“ erreichen könne.

Am 30. Mai ernannte der chinesische Staatsrat Zhou Ji, ehemals stellvertretender geschäftsführender Direktor des Hong Kong and Macao Work Office des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, zum neuen Direktor des Verbindungsbüros der Zentralregierung in der Stadt und zum Berater für nationale Sicherheit im Ausschuss der Stadt für den Schutz der nationalen Sicherheit als Nachfolger von Zheng Yanxiong.

Am 14. Juli ernannte Peking den ehemaligen stellvertretenden Direktor der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Xu Qifang, als Nachfolger von Zhou im Hong Kong and Macao Work Office.

Am 31. Dezember wurde der stellvertretende Direktor des Verbindungsbüros, Qi Bin, durch Zhang Yong ersetzt, der zuvor Vorstandsvorsitzender der China COSCO Shipping Corporation war.

Der Regierungschef Hongkongs leitete eine 360-köpfige Delegation aus Hongkong, die an der Militärparade am 3. September in Peking teilnahm, mit der an Chinas Sieg über Japan im Zweiten Weltkrieg erinnert wurde.

Vom 3. bis 7. Juli besuchte der chinesische Flugzeugträger Shandong Hongkong. Zur Flotte gehörten die Raketenzerstörer Yan'an und Zhanjiang sowie die Raketenfregatte Yuncheng. Während der fünftägigen Reise besichtigten mehr als 30 000 Menschen der Marineschiffe Shandong, Zhanjiang und Yuncheng.

Die 15. Nationalen Spiele, die 12. Nationalen Spiele für Menschen mit Behinderungen sowie die 9. nationalen Special Olympics wurden im November bzw. Dezember 2025 gemeinsam von Guangdong, Hongkong und Macau ausgerichtet. Die Nationalen Spiele wurden erstmalig gemeinsam mit der GBA ausgerichtet.

Ab dem 23. Dezember durften Autofahrer aus Guangdong im Rahmen der neuen Regelung für Fahrzeuge aus Guangdong für Reisen nach Süden (Southbound Travel for Guangdong Vehicles) nach Hongkong fahren. Die Initiative begann mit 100 Fahrzeugen pro Tag für einen Aufenthalt von bis zu drei Tagen pro Fahrzeug aus Guangdong.

Mit einem Anteil von 51,4 % am Gesamtwarenverkehr Hongkongs im Jahr 2025 war Festlandchina **Hongkongs größter Handelspartner im Warenhandel**. Hongkong wiederum ist ein bedeutendes Handelszentrum für Festlandchina und war im Jahr 2025 Chinas drittgrößter Handelspartner.

Hongkong ist das **bedeutendste Offshore-Finanzzentrum und der wichtigste Investitionsstandort Festlandchinas**. Im Jahr 2024 (dem letzten Jahr, für das Daten vorliegen) war Festlandchina Hongkongs größte Quelle für ausländische Direktinvestitionen (ADI) im Inland (ohne Offshore-Zentren) und das erste Ziel für Hongkongs ADI (33 % des Bestands an ADI im Inland und 52 % des Gesamtbestands an ADI im Ausland)<sup>87</sup>. Hongkong wiederum ist die größte Quelle für ADI in Festlandchina und das führende Ziel für ADI aus Festlandchina, auf das 56,8 % der ausländischen Direktinvestitionen Chinas im Inland und 61,2 % der ausländischen Direktinvestitionen Chinas im Ausland entfallen (2024)<sup>88</sup>. Ende Dezember 2025 waren 1 552 Unternehmen vom Festland an der Hong Kong Stock Exchange notiert und auf sie entfielen 79,3 % der gesamten Marktkapitalisierung.

#### IV. Bilaterale Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen der EU und Hongkong

Im Jahr 2025 führte das EU-Büro in Hongkong regelmäßige Treffen mit den Behörden Hongkongs und dem Regierungschef durch, bei denen es Angelegenheiten von beiderseitigem Interesse erörterte und seine Besorgnis über die Aushöhlung von Demokratie und Menschenrechten in Hongkong und die Umsetzung des Gesetzes über die nationale Sicherheit zum Ausdruck brachte. Das EU-Büro stand auch in häufigem Kontakt mit dem Büro des Kommissars des chinesischen Außenministeriums (Office of the Commissioner of the Ministry of Foreign Affairs of China, OCMFA). Das EU-Büro führte ferner einen Austausch mit hochrangigen Vertretern der Regierung Hongkongs sowie mit wichtigen lokalen Akteuren aus der Wirtschaft, um Themen im Zusammenhang mit Handel, Wirtschaft, Finanzdienstleistungen und anderen wirtschaftsbezogenen Fragen zu erörtern.

Im Jahr 2025 hat das EU-Büro die Besuche von EU-Beamten in Hongkong mit organisiert und unterstützt. Im Januar besuchte Dr. Philip Lane, Chefökonom und Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, Hongkong und nahm an Veranstaltungen teil. Im Juli traf Karen Braun-Munzinger, Mitglied des Ausschusses für die einheitliche Abwicklung, mit Vertretern der Branche, der HKMA und der SFC zusammen. Im September trafen Siegfried Ruhl, Sonderberater, und Lara Pavanello, Teamleiterin – Investorenbeziehungen und Management des Primärhändlernetzes – aus der Generaldirektion Haushalt der Europäischen Kommission mit der HKMA und mit Finanzdienstleistungsinstitutionen zusammen. Beamte der EU-Delegation in der Volksrepublik China in Peking, die sich mit Handels- und Finanzdienstleistungen befassen, reisten ebenfalls nach Hongkong und trafen sich mit lokalen

---

<sup>87</sup> Statistical report on External Direct Investment Statistics of Hong Kong (Ausgabe von 2024), <https://www.censtatd.gov.hk/en/wbr.html?ecode=B10400032024AN24&scode=260>.

<sup>88</sup> Hong Kong Trade Development Council <https://research.hktdc.com/en/article/MzIwNjcyMDYx>.

Interessenträgern. Im Jahr 2025 besuchte wiederum eine Reihe von Amtsträgern Hongkongs EU-Mitgliedstaaten.

Gemäß den Schlussfolgerungen des Rates vom Juli 2020 zu Hongkong haben das EU-Büro in Hongkong und die Generalkonsulate der EU-Mitgliedstaaten in Hongkong die Gerichtsverfahren gegen Verfechter der Demokratie in Hongkong weiterhin begleitet und im Jahr 2025 über 50 Fälle beobachtet.

Im Jahr 2025 organisierte das EU-Büro weiterhin kulturelle Veranstaltungen zur Förderung der Achtung der Menschenrechte. Im Dezember 2025 war das EU-Büro als Mitveranstalter des jährlichen Kunstpreises Colours of Humanity aktiv, der früher unter dem Namen Hongkong Human Rights Art Prize bekannt war. Das EU-Büro war auch weiterhin als Mitorganisator des jährlichen EU-Asien-Dokumentarfilmfestivals in Hongkong aktiv, um soziale Ungleichheiten zu beleuchten.

In enger Abstimmung mit der ukrainischen Gemeinde in Hongkong organisierte das EU-Büro anlässlich des dritten Jahrestages der russischen Invasion in der Ukraine am 24. Februar eine Fotoausstellung. Um in Hongkong das Bewusstsein für den anhaltenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine weiter zu schärfen, stellte das EU-Büro auf dem EU-Filmfestival in Hongkong und dem EU-Asien-Dokumentarfilmfestival zu diesem Thema vor.

Um das Engagement der EU für die Grundsätze der Gleichheit und Nichtdiskriminierung sowie ihre Unterstützung für die Rechte von LGBTIQ+-Personen zum Ausdruck zu bringen, unterstützte das EU-Büro die Mitgliedstaaten bei der Organisation von Filmvorführungen und Podiumsdiskussionen, um die Zivilgesellschaft, politische Entscheidungsträger und das konsularische Korps zusammenzubringen. Das EU-Büro nahm 2025 wieder am jährlichen Pride Bazaar teil.

Das EU-Büro steht in regelmäßigem Kontakt mit zivilgesellschaftlichen Gruppen in Hongkong, die sich mit einer Reihe von Themen befassen, darunter mit den Rechten von Gefangenen und der Lage ausländischer Hausangestellter.

**Im Laufe des Jahres organisierte das EU-Büro mehrere Veranstaltungen im Rahmen der EU-Fazilität für politischen Dialog und auswärtige Öffentlichkeitsarbeit für Hongkong und Macau.** Die vierte Ausgabe des Grünen Wegs wurde im Juni gemeinsam mit den lokalen Partnern des EU-Büros organisiert. Der Grüne Weg ist eine zentrale Veranstaltung zur Förderung des Austauschs von Ideen und Lösungskonzepten für Unternehmen sowie Strategien der EU zur bestmöglichen Dekarbonisierung unserer Volkswirtschaften. An der Veranstaltung nahmen rund 200 Personen teil, und auf höchster Ebene waren sowohl die Regierung (die Veranstaltung wurde vom Regierungschef John Lee und dem Leiter des EU-Büros Harvey Rouse eröffnet) als auch die Industrie beteiligt. Es wurden Empfehlungen für eine stärkere Einbeziehung der EU-Industrie und von EU-Normen zur Unterstützung der Umweltagenda Hongkongs abgegeben.

Laut der jährlichen Umfrage des Amtes für Zensus und Statistik von Hongkong zur ausländischen Unternehmenspräsenz **stellte die EU im Jahr 2025 auch weiterhin die größte nicht-chinesische ausländische Unternehmensgemeinschaft in der Stadt**, noch vor Japan, den USA und dem Vereinigten Königreich<sup>89</sup>. Im Jahr 2025 waren mindestens 1 770 EU-

---

<sup>89</sup> Report on Annual Survey of Companies in Hong Kong with Parent Companies Located outside Hong Kong (Ausgabe von 2025)

Unternehmen in Hongkong tätig. Etwa die Hälfte von ihnen (850) nutzten die Stadt als Standort für ihre regionalen Zentralen oder Regionalbüros. EU-Unternehmen waren in einer Vielzahl von Wirtschaftszweigen vertreten, unter anderem in den Bereichen Finanz- und Unternehmensdienstleistungen, Handel und Logistik, Einzelhandel, Lebensmittel und Getränke, Baugewerbe und Ingenieurwesen sowie Abfallwirtschaft. Die Umfrage ergab, dass die Zahl der erfassten EU-Unternehmen um 7,9 % höher war als 2024 und um 10,4 % höher als 2019 (Niveau vor COVID-19 und vor dem Gesetz über die nationale Sicherheit). Die Umfrage zeigt jedoch auch, dass die Zahl der EU-Unternehmen mit regionalen Zentralen und Regionalbüros in Hongkong nach wie vor unter dem Niveau von 2019 liegt (-6,2 % im Jahr 2025 gegenüber 2019) und dass EU-Unternehmen im Durchschnitt kleiner sind (mit durchschnittlich 37,3 Mitarbeitern pro Unternehmen im Jahr 2025, was einem Rückgang um 12,6 % gegenüber 2024 und einem Rückgang um 24,3 % gegenüber 2019 entspricht).

Im Jahr 2025 **belief sich der bilaterale Warenhandel zwischen der EU und Hongkong auf 27,7 Mrd. EUR**, was einem Rückgang um 1,8 % gegenüber dem Jahr 2024 entspricht. Die Wareneinfuhren der EU nach Hongkong beliefen sich auf 23,3 Mrd. EUR, während die Einfuhren Hongkongs in die EU 4,4 Mrd. EUR betrugen, was einem **Handelsüberschuss der EU in Höhe von 18,9 Mrd. EUR** entspricht. Nach Festlandchina, Taiwan, den USA, Vietnam und Singapur **war die EU im Jahr 2025 Hongkongs sechstgrößter Handelspartner im Warenhandel**. Hongkong blieb weiterhin eine wichtige Plattform für den Handel zwischen Festlandchina und der EU.

Im Jahr 2025 konzentrierte sich der Handel zwischen Hongkong und der EU auf einige wenige Produktkategorien, insbesondere Elektronik, Industriemaschinen, Luxusgüter und Präzisionsinstrumente. Bei den Ausfuhren Hongkongs in die EU handelte es sich hauptsächlich um Elektrogeräte und mechanische Geräte, bei denen ein starkes Wachstum von 17 % bzw. 62 % verzeichnet wurde. Die Ausfuhren von optischen und medizinischen Instrumenten wuchsen ebenfalls um 17 %. Dagegen gingen die Ausfuhren von Schmuck und Edelmetallen drastisch um 21 % zurück, obwohl Kunstgegenstände und Antiquitäten einen sprunghaften Anstieg um 169 % aufwiesen. Was die Einfuhren betrifft, so war Hongkong bei hochwertigen Industriegütern und Luxusprodukten weiterhin auf die EU angewiesen. Die Einfuhren von Elektrogeräten und Schmuckwaren wuchsen leicht um 1 % bis 3 %, während die Einfuhren von Maschinen, Lederwaren sowie optischen und medizinischen Geräten um 2 % bis 5 % schrumpften.

Die EU war im Jahr 2023 Hongkongs **viertgrößter** Handelspartner im Dienstleistungssektor (nach Angaben des Hongkonger Zensus- und Statistikamts; 2023 das letzte volle Jahr, für das zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts Daten aus Hongkong vorlagen). Im Jahr 2024 war Hongkong der **zehntgrößte** Partner der EU im Dienstleistungsverkehr (Eurostat). Daten von Eurostat zeigen, dass sich der Dienstleistungsverkehr der EU mit Hongkong im Jahr 2024 auf 48,6 Mrd. EUR belief, was einem Anstieg um 25,5 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Dienstleistungsausfuhren der EU nach Hongkong beliefen sich im Jahr 2024 auf 33,7 Mrd. EUR, während die Einfuhren aus Hongkong 15,0 Mrd. EUR betrugen, sodass sich für die EU ein Überschuss von 18,7 Mrd. EUR ergab. Die wichtigsten gehandelten Dienstleistungen sind Beförderungs-, Telekommunikations-, Computer- und Informations- sowie Finanzdienstleistungen und sonstige Unternehmensdienstleistungen.

**Die EU war im Jahr 2024 der sechstgrößte Investor in Hongkong und das sechstgrößte Ziel für Hongkongs ausländische Direktinvestitionen weltweit** (Statistiken aus Hongkong; 2024 war das letzte Jahr, für das zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts Daten vorlagen). Laut Eurostat **war Hongkong im Jahr 2024 mit 114,3 Mrd. EUR die neuntgrößte Quelle von ausländischen Direktinvestitionen in der EU** (ohne Offshore-Zentren) (ein Rückgang um 28,6 % im Vergleich zum Vorjahr) und lag mit 93,0 Mrd. EUR bei den ausländischen Direktinvestitionen der EU auf dem 14. Platz (+12,2 % im Vergleich zum Vorjahr).

Im Dezember 2024 änderte der Rat der Europäischen Union den Beschluss 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen in Bezug auf Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, und den Beschluss 2014/512/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren. Eines der Ergebnisse dieser Änderung war die Aufnahme von Einrichtungen aus Hongkong in die Liste im Anhang des Beschlusses 2014/145/GASP und in den Anhängen des Beschlusses 2014/512/GASP. Darüber hinaus hat die EU Schiffe, deren Eigner oder Betreiber in Hongkong ansässig sind, als Teil der russischen Schattenflotte gelistet.